

# Prova A26

## Prova di Matematica per ambito disciplinare 7 - A26 Matematica - A27 Matematica e Fisica

### Domande a risposta aperta

**Quesito 1** - Il candidato collochi la trattazione della nozione di minimo locale di una funzione nell'ambito di una programmazione disciplinare curriculare di un istituto secondario di secondo grado. Si inserisca la trattazione anche nell'ambito di una introduzione all'idea di ottimizzazione.

**Quesito 2** - Il candidato illustri le competenze minime che lo studente deve conseguire relativamente alla nozione di derivata di una funzione, collocando la trattazione in riferimento ad una programmazione disciplinare curriculare e all'asse culturale appropriato e includendo collegamenti con la descrizione di fenomeni fisici.

**Quesito 3** - Il candidato descriva gli strumenti didattici e le metodologie utili a favorire l'apprendimento, da parte dello studente, della nozione di grafico di una funzione.

**Quesito 4** - Il candidato illustri le tipologie di prova di verifica che ritiene appropriate e i criteri di valutazione adottati in tali prove, in riferimento allo studio delle rette nel piano tramite l'introduzione di coordinate cartesiane. Si richiede che la trattazione venga collocata in un contesto didattico di riferimento.

**Quesito 5** - Il candidato illustri azioni di recupero delle conoscenze relative alla nozione di distribuzione binomiale, specificando il contesto disciplinare curriculare e le competenze attese cui le azioni sono riferite.

**Quesito 6** - Il candidato illustri alcune attività di modellizzazione matematica, indicandone le ricadute attese ai fini della riduzione della dispersione scolastica e specificando il contesto di riferimento.

### Domande a risposta multipla - DE

**Quesito 7 Domanda A** - Lesen Sie den folgenden Text und beantworten Sie ausschließlich auf der Grundlage des Textes die folgende Frage, indem Sie die richtige Antwort ankreuzen. Nur eine Antwort ist korrekt.

*Jugendliche brauchen besonderen Schutz*

*Die Jugendlichen sind der Ansicht, dass die Sozialgesetzgebung auf europäischer Ebene verbessert werden müsse. Der Zugang zum Arbeitsmarkt sei schwieriger geworden und die Anforderungen in Bezug auf Kenntnisse, Berufserfahrung sowie geografische und persönliche Flexibilität seien beträchtlich gestiegen. Die Entwicklung der sozialen Rechte – insbesondere der Gesetzgebung in Bezug auf die besonderen Bedürfnisse von Jugendlichen – habe jedoch nicht mit dem wachsenden Druck seitens des Arbeitsmarktes Schritt gehalten. Ethnische Minderheiten, Frauen, Jugendliche mit Behinderungen usw. litten immer noch unter Diskriminierung. Die Jugendlichen fordern daher ein „soziales Europa“.*

*Die jungen Menschen sind der Meinung, das wichtigste Ziel der Regierungen und der Europäischen Kommission müsse darin bestehen, die Vollbeschäftigung in der EU zu verwirklichen. Sie schlagen Mittel und Wege vor, um dieses Ziel zu erreichen: Verkürzung der Arbeitszeit, um den Menschen die Integration in den Arbeitsmarkt zu erleichtern, ein Mindesteinkommen und finanzielle Unterstützung für den Abschluss der Studien, bessere und*

*umfassendere öffentliche Beschäftigungsprogramme usw. Zudem halten sie es für notwendig, einen europäischen Status für in Ausbildung stehende Personen zu schaffen.*

*Die Nichtregierungsorganisationen äußern sich besorgt über die Zunahme unsicherer und ungeschützter Arbeitsplätze für Jugendliche, darunter Studentenjobs, Saisonarbeit, Ausbildungsverhältnisse sowie kurzfristige oder befristete Beschäftigungsverträge. Jugendliche werden häufig ausgebeutet, haben ein niedriges Einkommen und erleiden Arbeitsunfälle. In ganz Europa sind die Jugendlichen in bestimmten Branchen (z.B. Fast-Food-Restaurants, Kurierdienste, Dienstleistungen usw.) oder in neuen Tätigkeiten (Telearbeit, Heimarbeit) überrepräsentiert. In diesen Sektoren ist der soziale Dialog zwischen den Sozialpartnern weniger ausgeprägt, was dazu führt, dass es weniger vertragliche Regelungen bezüglich den Arbeitsbedingungen gibt.*

*Sehr oft verdienen Jugendliche nicht genug, um sich finanziell unabhängig machen zu können: sie müssen bis Ende zwanzig oder Anfang dreißig im elterlichen Haushalt wohnen und sind von der Unterstützung der Eltern abhängig. Zudem leiden Jugendliche am Arbeitsplatz oft unter Stress und Druck. Dies gilt besonders für junge Paare mit Kindern und für Familien mit einem alleinerziehenden Elternteil. In der Praxis kennen viele Jugendlichen ihre Rechte nicht und sind oft nicht wirklich Teil der Tarifvereinbarungen. Daher müssen die gesetzlichen Rahmenbedingungen verbessert werden, um die besonderen Bedürfnisse junger Menschen zu berücksichtigen.*

**Aus: Weißbuch der Europäischen Kommission. Neuer Schwung für die Jugend Europas, S. 47f. (2001)**

Vor allem junge Menschen in Europa ...

- a) ... bestehen darauf, dass die Arbeitszeitbestimmungen beibehalten werden.
- b) ... halten den Erlass neuer Reglementierungen zur Sicherung der Vollbeschäftigung für vordringlich.
- c) ... erfreuen sich einer weit besseren Beschäftigungslage als im letzten Jahrhundert.
- d) ... können in Zukunft mit guten arbeitsrechtlichen Bestimmungen rechnen.

**Quesito 7 Domanda B** - Lesen Sie den folgenden Text und beantworten Sie ausschließlich auf der Grundlage des Textes die folgende Frage, indem Sie die richtige Antwort ankreuzen. Nur eine Antwort ist korrekt.

*Jugendliche brauchen besonderen Schutz*

*Die Jugendlichen sind der Ansicht, dass die Sozialgesetzgebung auf europäischer Ebene verbessert werden müsse. Der Zugang zum Arbeitsmarkt sei schwieriger geworden und die Anforderungen in Bezug auf Kenntnisse, Berufserfahrung sowie geografische und persönliche Flexibilität seien beträchtlich gestiegen. Die Entwicklung der sozialen Rechte – insbesondere der Gesetzgebung in Bezug auf die besonderen Bedürfnisse von Jugendlichen – habe jedoch nicht mit dem wachsenden Druck seitens des Arbeitsmarktes Schritt gehalten. Ethnische Minderheiten, Frauen, Jugendliche mit Behinderungen usw. litten immer noch unter Diskriminierung. Die Jugendlichen fordern daher ein „soziales Europa“.*

*Die jungen Menschen sind der Meinung, das wichtigste Ziel der Regierungen und der Europäischen Kommission müsse darin bestehen, die Vollbeschäftigung in der EU zu verwirklichen. Sie schlagen Mittel und Wege vor, um dieses Ziel zu erreichen: Verkürzung der Arbeitszeit, um den Menschen die Integration in den Arbeitsmarkt zu erleichtern, ein Mindesteinkommen und finanzielle Unterstützung für den Abschluss der Studien, bessere und umfassendere öffentliche Beschäftigungsprogramme usw. Zudem halten sie es für notwendig, einen europäischen Status für in Ausbildung stehende Personen zu schaffen.*

*Die Nichtregierungsorganisationen äußern sich besorgt über die Zunahme unsicherer und ungeschützter Arbeitsplätze für Jugendliche, darunter Studentenjobs, Saisonarbeit, Ausbildungsverhältnisse sowie kurzfristige oder befristete Beschäftigungsverträge. Jugendliche werden häufig ausgebeutet, haben ein niedriges Einkommen und erleiden Arbeitsunfälle. In ganz Europa sind die Jugendlichen in bestimmten Branchen (z.B. Fast-Food-Restaurants, Kurierdienste, Dienstleistungen usw.) oder in neuen Tätigkeiten (Telearbeit, Heimarbeit) überrepräsentiert. In diesen Sektoren ist der soziale Dialog zwischen den Sozialpartnern weniger ausgeprägt,*

*was dazu führt, dass es weniger vertragliche Regelungen bezüglich den Arbeitsbedingungen gibt. Sehr oft verdienen Jugendliche nicht genug, um sich finanziell unabhängig machen zu können: sie müssen bis Ende zwanzig oder Anfang dreißig im elterlichen Haushalt wohnen und sind von der Unterstützung der Eltern abhängig. Zudem leiden Jugendliche am Arbeitsplatz oft unter Stress und Druck. Dies gilt besonders für junge Paare mit Kindern und für Familien mit einem alleinerziehenden Elternteil. In der Praxis kennen viele Jugendlichen ihre Rechte nicht und sind oft nicht wirklich Teil der Tarifvereinbarungen. Daher müssen die gesetzlichen Rahmenbedingungen verbessert werden, um die besonderen Bedürfnisse junger Menschen zu berücksichtigen.*

**Aus: Weißbuch der Europäischen Kommission. Neuer Schwung für die Jugend Europas, S. 47f. (2001)**

Die ArbeitgeberInnen ...

- a) ... versuchen, den Konkurrenzdruck von den Schultern der ArbeitnehmerInnen zu nehmen.
- b) ... erwarten heute von den ArbeitnehmerInnen außer hohen Qualifikationen auch die Bereitschaft den Wohnort zu wechseln und zeitlich flexibel zu sein.
- c) ... haben ihren Beitrag dazu geleistet, dass die Sozialgesetzgebung an die neuen Bedingungen auf dem Arbeitsmarkt besser angepasst wird.
- d) ... sehen heute interne Fortbildungskurse vor, um auch weniger qualifizierte MitarbeiterInnen einstellen zu können.

**Quesito 7 Domanda C** - Lesen Sie den folgenden Text und beantworten Sie ausschließlich auf der Grundlage des Textes die folgende Frage, indem Sie die richtige Antwort ankreuzen. Nur eine Antwort ist korrekt.

*Jugendliche brauchen besonderen Schutz*

*Die Jugendlichen sind der Ansicht, dass die Sozialgesetzgebung auf europäischer Ebene verbessert werden müsse. Der Zugang zum Arbeitsmarkt sei schwieriger geworden und die Anforderungen in Bezug auf Kenntnisse, Berufserfahrung sowie geografische und persönliche Flexibilität seien beträchtlich gestiegen. Die Entwicklung der sozialen Rechte – insbesondere der Gesetzgebung in Bezug auf die besonderen Bedürfnisse von Jugendlichen – habe jedoch nicht mit dem wachsenden Druck seitens des Arbeitsmarktes Schritt gehalten. Ethnische Minderheiten, Frauen, Jugendliche mit Behinderungen usw. litten immer noch unter Diskriminierung. Die Jugendlichen fordern daher ein „soziales Europa“.*

*Die jungen Menschen sind der Meinung, das wichtigste Ziel der Regierungen und der Europäischen Kommission müsse darin bestehen, die Vollbeschäftigung in der EU zu verwirklichen. Sie schlagen Mittel und Wege vor, um dieses Ziel zu erreichen: Verkürzung der Arbeitszeit, um den Menschen die Integration in den Arbeitsmarkt zu erleichtern, ein Mindesteinkommen und finanzielle Unterstützung für den Abschluss der Studien, bessere und umfassendere öffentliche Beschäftigungsprogramme usw. Zudem halten sie es für notwendig, einen europäischen Status für in Ausbildung stehende Personen zu schaffen.*

*Die Nichtregierungsorganisationen äußern sich besorgt über die Zunahme unsicherer und ungeschützter Arbeitsplätze für Jugendliche, darunter Studentenjobs, Saisonarbeit, Ausbildungsverhältnisse sowie kurzfristige oder befristete Beschäftigungsverträge. Jugendliche werden häufig ausgebeutet, haben ein niedriges Einkommen und erleiden Arbeitsunfälle. In ganz Europa sind die Jugendlichen in bestimmten Branchen (z.B. Fast-Food-Restaurants, Kurierdienste, Dienstleistungen usw.) oder in neuen Tätigkeiten (Telearbeit, Heimarbeit) überrepräsentiert. In diesen Sektoren ist der soziale Dialog zwischen den Sozialpartnern weniger ausgeprägt, was dazu führt, dass es weniger vertragliche Regelungen bezüglich den Arbeitsbedingungen gibt.*

*Sehr oft verdienen Jugendliche nicht genug, um sich finanziell unabhängig machen zu können: sie müssen bis Ende zwanzig oder Anfang dreißig im elterlichen Haushalt wohnen und sind von der Unterstützung der Eltern abhängig. Zudem leiden Jugendliche am Arbeitsplatz oft unter Stress und Druck. Dies gilt besonders für junge Paare mit Kindern und für Familien mit einem alleinerziehenden Elternteil. In der Praxis kennen viele*

*Jugendlichen ihre Rechte nicht und sind oft nicht wirklich Teil der Tarifvereinbarungen. Daher müssen die gesetzlichen Rahmenbedingungen verbessert werden, um die besonderen Bedürfnisse junger Menschen zu berücksichtigen.*

**Aus: Weißbuch der Europäischen Kommission. Neuer Schwung für die Jugend Europas, S. 47f. (2001)**

Prekäre Arbeitsverhältnisse auf dem Arbeitsmarkt ...

- a) ... stellen nur in einigen wenigen Ländern Europas ein Problem dar.
- b) ... werden in Europa bald überwunden sein.
- c) ... geben den Jugendlichen nicht die Möglichkeit, sich vom Elternhaus zu lösen.
- d) ... werden ab dem kommenden Jahr weit restriktiver geregelt.

**Quesito 7 Domanda D** - Lesen Sie den folgenden Text und beantworten Sie ausschließlich auf der Grundlage des Textes die folgende Frage, indem Sie die richtige Antwort ankreuzen. Nur eine Antwort ist korrekt.

*Jugendliche brauchen besonderen Schutz*

*Die Jugendlichen sind der Ansicht, dass die Sozialgesetzgebung auf europäischer Ebene verbessert werden müsse. Der Zugang zum Arbeitsmarkt sei schwieriger geworden und die Anforderungen in Bezug auf Kenntnisse, Berufserfahrung sowie geografische und persönliche Flexibilität seien beträchtlich gestiegen. Die Entwicklung der sozialen Rechte – insbesondere der Gesetzgebung in Bezug auf die besonderen Bedürfnisse von Jugendlichen – habe jedoch nicht mit dem wachsenden Druck seitens des Arbeitsmarktes Schritt gehalten. Ethnische Minderheiten, Frauen, Jugendliche mit Behinderungen usw. litten immer noch unter Diskriminierung. Die Jugendlichen fordern daher ein „soziales Europa“.*

*Die jungen Menschen sind der Meinung, das wichtigste Ziel der Regierungen und der Europäischen Kommission müsse darin bestehen, die Vollbeschäftigung in der EU zu verwirklichen. Sie schlagen Mittel und Wege vor, um dieses Ziel zu erreichen: Verkürzung der Arbeitszeit, um den Menschen die Integration in den Arbeitsmarkt zu erleichtern, ein Mindesteinkommen und finanzielle Unterstützung für den Abschluss der Studien, bessere und umfassendere öffentliche Beschäftigungsprogramme usw. Zudem halten sie es für notwendig, einen europäischen Status für in Ausbildung stehende Personen zu schaffen.*

*Die Nichtregierungsorganisationen äußern sich besorgt über die Zunahme unsicherer und ungeschützter Arbeitsplätze für Jugendliche, darunter Studentenjobs, Saisonarbeit, Ausbildungsverhältnisse sowie kurzfristige oder befristete Beschäftigungsverträge. Jugendliche werden häufig ausgebeutet, haben ein niedriges Einkommen und erleiden Arbeitsunfälle. In ganz Europa sind die Jugendlichen in bestimmten Branchen (z.B. Fast-Food-Restaurants, Kurierdienste, Dienstleistungen usw.) oder in neuen Tätigkeiten (Telearbeit, Heimarbeit) überrepräsentiert. In diesen Sektoren ist der soziale Dialog zwischen den Sozialpartnern weniger ausgeprägt, was dazu führt, dass es weniger vertragliche Regelungen bezüglich den Arbeitsbedingungen gibt.*

*Sehr oft verdienen Jugendliche nicht genug, um sich finanziell unabhängig machen zu können: sie müssen bis Ende zwanzig oder Anfang dreißig im elterlichen Haushalt wohnen und sind von der Unterstützung der Eltern abhängig. Zudem leiden Jugendliche am Arbeitsplatz oft unter Stress und Druck. Dies gilt besonders für junge Paare mit Kindern und für Familien mit einem alleinerziehenden Elternteil. In der Praxis kennen viele Jugendlichen ihre Rechte nicht und sind oft nicht wirklich Teil der Tarifvereinbarungen. Daher müssen die gesetzlichen Rahmenbedingungen verbessert werden, um die besonderen Bedürfnisse junger Menschen zu berücksichtigen.*

**Aus: Weißbuch der Europäischen Kommission. Neuer Schwung für die Jugend Europas, S. 47f. (2001)**

Die Jugendlichen von heute ...

- a) ... sind über ihre Interessenvertretungen bei den Tarifverhandlungen immer vertreten.
- b) ... fordern geregelte Arbeitsverhältnisse und angemessene Löhne.
- c) ... sind über ihre Rechte auf dem Arbeitsmarkt nur ungenügend informiert.
- d) ... fordern besondere Regelungen für den Übergang von der Schule in die Arbeitswelt.

**Quesito 7 Domanda E** - Lesen Sie den folgenden Text und beantworten Sie ausschließlich auf der Grundlage des Textes die folgende Frage, indem Sie die richtige Antwort ankreuzen. Nur eine Antwort ist korrekt.

#### *Jugendliche brauchen besonderen Schutz*

*Die Jugendlichen sind der Ansicht, dass die Sozialgesetzgebung auf europäischer Ebene verbessert werden müsse. Der Zugang zum Arbeitsmarkt sei schwieriger geworden und die Anforderungen in Bezug auf Kenntnisse, Berufserfahrung sowie geografische und persönliche Flexibilität seien beträchtlich gestiegen. Die Entwicklung der sozialen Rechte – insbesondere der Gesetzgebung in Bezug auf die besonderen Bedürfnisse von Jugendlichen – habe jedoch nicht mit dem wachsenden Druck seitens des Arbeitsmarktes Schritt gehalten. Ethnische Minderheiten, Frauen, Jugendliche mit Behinderungen usw. litten immer noch unter Diskriminierung. Die Jugendlichen fordern daher ein „soziales Europa“.*

*Die jungen Menschen sind der Meinung, das wichtigste Ziel der Regierungen und der Europäischen Kommission müsse darin bestehen, die Vollbeschäftigung in der EU zu verwirklichen. Sie schlagen Mittel und Wege vor, um dieses Ziel zu erreichen: Verkürzung der Arbeitszeit, um den Menschen die Integration in den Arbeitsmarkt zu erleichtern, ein Mindesteinkommen und finanzielle Unterstützung für den Abschluss der Studien, bessere und umfassendere öffentliche Beschäftigungsprogramme usw. Zudem halten sie es für notwendig, einen europäischen Status für in Ausbildung stehende Personen zu schaffen.*

*Die Nichtregierungsorganisationen äußern sich besorgt über die Zunahme unsicherer und ungeschützter Arbeitsplätze für Jugendliche, darunter Studentenjobs, Saisonarbeit, Ausbildungsverhältnisse sowie kurzfristige oder befristete Beschäftigungsverträge. Jugendliche werden häufig ausgebeutet, haben ein niedriges Einkommen und erleiden Arbeitsunfälle. In ganz Europa sind die Jugendlichen in bestimmten Branchen (z.B. Fast-Food-Restaurants, Kurierdienste, Dienstleistungen usw.) oder in neuen Tätigkeiten (Telearbeit, Heimarbeit) überrepräsentiert. In diesen Sektoren ist der soziale Dialog zwischen den Sozialpartnern weniger ausgeprägt, was dazu führt, dass es weniger vertragliche Regelungen bezüglich den Arbeitsbedingungen gibt.*

*Sehr oft verdienen Jugendliche nicht genug, um sich finanziell unabhängig machen zu können: sie müssen bis Ende zwanzig oder Anfang dreißig im elterlichen Haushalt wohnen und sind von der Unterstützung der Eltern abhängig. Zudem leiden Jugendliche am Arbeitsplatz oft unter Stress und Druck. Dies gilt besonders für junge Paare mit Kindern und für Familien mit einem alleinerziehenden Elternteil. In der Praxis kennen viele Jugendlichen ihre Rechte nicht und sind oft nicht wirklich Teil der Tarifvereinbarungen. Daher müssen die gesetzlichen Rahmenbedingungen verbessert werden, um die besonderen Bedürfnisse junger Menschen zu berücksichtigen.*

**Aus: Weißbuch der Europäischen Kommission. Neuer Schwung für die Jugend Europas, S. 47f. (2001)**

Immer mehr Jugendliche, die schon im Arbeitsleben stehen, sind auf die Unterstützung der Eltern angewiesen.

- a) Das gilt ausschließlich für arbeitslose Jugendliche.
- b) Das gilt nur für Jugendliche, die keinen Schulabschluss haben.
- c) Das gilt einzig und allein für Jugendliche, die mit einem Ausbildungsvertrag eingestellt wurden.
- d) Das gilt für Jugendliche ohne Einschränkungen.

**Quesito 8 Domanda A** - Lesen Sie den folgenden Text und beantworten Sie ausschließlich auf der Grundlage des Textes die folgende Frage, indem Sie die richtige Antwort ankreuzen. Nur eine Antwort ist korrekt.

*Die bulgarische „Strategie zur Senkung der Schulabbrecherquote 2013-2020“ bekräftigt die Notwendigkeit umfassender Konzepte und Maßnahmen, um den erfolgreichen Übergang von Schülern zwischen verschiedenen Bildungsstufen zu gewährleisten, sowie flexibler und wirksamer Möglichkeiten für Menschen, die aus dem Bildungswesen ausgestiegen sind, Schlüsselkompetenzen zu erwerben oder an verschiedenen Formen von Bildung und Ausbildung teilzunehmen, und dafür zu sorgen, dass die Ergebnisse formaler Bildung und informellen Lernens anerkannt und validiert werden. Die Ziele der Strategie werden durch gezielte Maßnahmen erreicht, mit denen den dem Schulabbruch zugrundeliegenden Ursachen präventiv begegnet werden soll, wenn Schüler Schwierigkeiten haben, und Kompensationsmaßnahmen für Menschen angeboten werden sollen, die frühzeitig von der Schule abgegangen sind, damit sie wieder in das Bildungswesen einsteigen oder Kompetenzen erwerben können.*

*In Spanien sind die rechtlichen Grundlagen für die Senkung der Schulabbrecherquote das Organische Bildungsgesetz von 2006 und das neue Organische Gesetz zur Verbesserung der Qualität des Bildungswesens (LOMCE, 9. Dezember 2013). 2008 verfassten das Bildungsministerium und die Bildungsbehörden der Autonomen Gemeinschaften den „Plan zur Senkung der Schulabbrecherquote“ mit der allgemeinen Strategie zur Bekämpfung des Problems in Spanien. Es folgte ein Programm mit dem Titel „Programm zur Senkung der Quote der Schul- und Ausbildungsabbrecher“. Die im Rahmen dieses Programms und nunmehr auch im Einklang mit dem LOMCE durchgeführten Maßnahmen laufen noch immer und lassen sich in Präventions-, Interventions- und Kompensationsmaßnahmen unterteilen. Dieses Programm deckt jedoch nicht alle Aktivitäten und alle Formen der Zusammenarbeit zwischen Ministerium und Autonomen Gemeinschaften in diesem Bereich ab. Aufgrund der Dezentralisierung können die Maßnahmen je nach Autonomer Gemeinschaft unterschiedlich ausfallen, auch wenn die Maßnahmen, die sich als wirksam erwiesen haben, weit verbreitet sind. Jede Autonome Gemeinschaft verfügt über eigene Maßnahmen für den Umgang mit den bildungspolitischen, sozialen und wirtschaftlichen Gegebenheiten, die in ihrem Gebiet die Quoten von Schul- und Ausbildungsabbrechern am stärksten beeinflussen.*

**Aus: Europäische Kommission/EACEA/Eurydice/Cedefop. Bekämpfung des vorzeitigen Ausstiegs aus der allgemeinen und beruflichen Bildung in Europa. Strategien, Konzepte und Maßnahmen. Bericht von Eurydice und Cedefop. Luxemburg: Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Union, S. 52f. (2014)**

Bulgarien verfolgt mit seinem Projekt „Strategie zur Senkung der Schulabbrecherquote 2013-2020“ das Ziel, ...

- a) ... herauszufinden, was zu tun ist, um die Schulabbrecherquote zu senken.
- b) ... den Schulabbruch durch Interventionsmaßnahmen zu vermeiden.
- c) ... Präventions- und Kompensationsmaßnahmen wirksam miteinander zu verbinden.
- d) ... die Schulabbrecherquote zu stabilisieren.

**Quesito 8 Domanda B** - Lesen Sie den folgenden Text und beantworten Sie ausschließlich auf der Grundlage des Textes die folgende Frage, indem Sie die richtige Antwort ankreuzen. Nur eine Antwort ist korrekt.

*Die bulgarische „Strategie zur Senkung der Schulabbrecherquote 2013-2020“ bekräftigt die Notwendigkeit umfassender Konzepte und Maßnahmen, um den erfolgreichen Übergang von Schülern zwischen verschiedenen Bildungsstufen zu gewährleisten, sowie flexibler und wirksamer Möglichkeiten für Menschen, die aus dem Bildungswesen ausgestiegen sind, Schlüsselkompetenzen zu erwerben oder an verschiedenen Formen von Bildung und Ausbildung teilzunehmen, und dafür zu sorgen, dass die Ergebnisse formaler Bildung und informellen Lernens anerkannt und validiert werden. Die Ziele der Strategie werden durch gezielte Maßnahmen erreicht, mit denen den dem Schulabbruch zugrundeliegenden Ursachen präventiv begegnet werden soll, wenn*

*Schüler Schwierigkeiten haben, und Kompensationsmaßnahmen für Menschen angeboten werden sollen, die frühzeitig von der Schule abgegangen sind, damit sie wieder in das Bildungswesen einsteigen oder Kompetenzen erwerben können.*

*In Spanien sind die rechtlichen Grundlagen für die Senkung der Schulabbrecherquote das Organische Bildungsgesetz von 2006 und das neue Organische Gesetz zur Verbesserung der Qualität des Bildungswesens (LOMCE, 9. Dezember 2013). 2008 verfassten das Bildungsministerium und die Bildungsbehörden der Autonomen Gemeinschaften den „Plan zur Senkung der Schulabbrecherquote“ mit der allgemeinen Strategie zur Bekämpfung des Problems in Spanien. Es folgte ein Programm mit dem Titel „Programm zur Senkung der Quote der Schul- und Ausbildungsabbrecher“. Die im Rahmen dieses Programms und nunmehr auch im Einklang mit dem LOMCE durchgeführten Maßnahmen laufen noch immer und lassen sich in Präventions-, Interventions- und Kompensationsmaßnahmen unterteilen. Dieses Programm deckt jedoch nicht alle Aktivitäten und alle Formen der Zusammenarbeit zwischen Ministerium und Autonomen Gemeinschaften in diesem Bereich ab. Aufgrund der Dezentralisierung können die Maßnahmen je nach Autonomer Gemeinschaft unterschiedlich ausfallen, auch wenn die Maßnahmen, die sich als wirksam erwiesen haben, weit verbreitet sind. Jede Autonome Gemeinschaft verfügt über eigene Maßnahmen für den Umgang mit den bildungspolitischen, sozialen und wirtschaftlichen Gegebenheiten, die in ihrem Gebiet die Quoten von Schul- und Ausbildungsabbrechern am stärksten beeinflussen.*

**Aus: Europäische Kommission/EACEA/Eurydice/Cedefop. Bekämpfung des vorzeitigen Ausstiegs aus der allgemeinen und beruflichen Bildung in Europa. Strategien, Konzepte und Maßnahmen. Bericht von Eurydice und Cedefop. Luxemburg: Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Union, S. 52f. (2014)**

Spanien hat ...

- a) ... die Richtlinie der EU zur Senkung der Schulabbrecherzahlen bereits umgesetzt.
- b) ... die gesetzlichen Grundlagen für Maßnahmen zur Senkung der Schulabbruchquote geschaffen.
- c) ... ein Programm zur Senkung der Schulabbruchquote durch Kompensationsmaßnahmen beschlossen.
- d) ... noch nichts unternommen, um die Schulabbruchquote zu senken.

**Quesito 8 Domanda C** - Lesen Sie den folgenden Text und beantworten Sie ausschließlich auf der Grundlage des Textes die folgende Frage, indem Sie die richtige Antwort ankreuzen. Nur eine Antwort ist korrekt.

*Die bulgarische „Strategie zur Senkung der Schulabbrecherquote 2013-2020“ bekräftigt die Notwendigkeit umfassender Konzepte und Maßnahmen, um den erfolgreichen Übergang von Schülern zwischen verschiedenen Bildungsstufen zu gewährleisten, sowie flexibler und wirksamer Möglichkeiten für Menschen, die aus dem Bildungswesen ausgestiegen sind, Schlüsselkompetenzen zu erwerben oder an verschiedenen Formen von Bildung und Ausbildung teilzunehmen, und dafür zu sorgen, dass die Ergebnisse formaler Bildung und informellen Lernens anerkannt und validiert werden. Die Ziele der Strategie werden durch gezielte Maßnahmen erreicht, mit denen den dem Schulabbruch zugrundeliegenden Ursachen präventiv begegnet werden soll, wenn Schüler Schwierigkeiten haben, und Kompensationsmaßnahmen für Menschen angeboten werden sollen, die frühzeitig von der Schule abgegangen sind, damit sie wieder in das Bildungswesen einsteigen oder Kompetenzen erwerben können.*

*In Spanien sind die rechtlichen Grundlagen für die Senkung der Schulabbrecherquote das Organische Bildungsgesetz von 2006 und das neue Organische Gesetz zur Verbesserung der Qualität des Bildungswesens (LOMCE, 9. Dezember 2013). 2008 verfassten das Bildungsministerium und die Bildungsbehörden der Autonomen Gemeinschaften den „Plan zur Senkung der Schulabbrecherquote“ mit der allgemeinen Strategie zur Bekämpfung des Problems in Spanien. Es folgte ein Programm mit dem Titel „Programm zur Senkung der Quote der Schul- und Ausbildungsabbrecher“. Die im Rahmen dieses Programms und nunmehr auch im Einklang mit dem LOMCE durchgeführten Maßnahmen laufen noch immer und lassen sich in Präventions-, Interventions- und Kompensationsmaßnahmen unterteilen. Dieses Programm deckt jedoch nicht alle Aktivitäten und alle Formen der*

*Zusammenarbeit zwischen Ministerium und Autonomen Gemeinschaften in diesem Bereich ab. Aufgrund der Dezentralisierung können die Maßnahmen je nach Autonomer Gemeinschaft unterschiedlich ausfallen, auch wenn die Maßnahmen, die sich als wirksam erwiesen haben, weit verbreitet sind. Jede Autonome Gemeinschaft verfügt über eigene Maßnahmen für den Umgang mit den bildungspolitischen, sozialen und wirtschaftlichen Gegebenheiten, die in ihrem Gebiet die Quoten von Schul- und Ausbildungsabbrechern am stärksten beeinflussen.*

**Aus: Europäische Kommission/EACEA/Eurydice/Cedefop. Bekämpfung des vorzeitigen Ausstiegs aus der allgemeinen und beruflichen Bildung in Europa. Strategien, Konzepte und Maßnahmen. Bericht von Eurydice und Cedefop. Luxemburg: Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Union, S. 52f. (2014)**

Die Autonomen Gemeinschaften Spaniens ...

- a) ... stellen die Pläne des Bildungsministeriums vor die Interessen ihrer Gemeinschaft.
- b) ... stehen in täglichem Kontakt mit dem Bildungsministerium.
- c) ... müssen nicht in allen Punkten mit dem Bildungsministerium zusammenarbeiten.
- d) ... halten sich strikt an die Vorgaben des Bildungsministeriums.

**Quesito 8 Domanda D** - Lesen Sie den folgenden Text und beantworten Sie ausschließlich auf der Grundlage des Textes die folgende Frage, indem Sie die richtige Antwort ankreuzen. Nur eine Antwort ist korrekt.

*Die bulgarische „Strategie zur Senkung der Schulabbrecherquote 2013-2020“ bekräftigt die Notwendigkeit umfassender Konzepte und Maßnahmen, um den erfolgreichen Übergang von Schülern zwischen verschiedenen Bildungsstufen zu gewährleisten, sowie flexibler und wirksamer Möglichkeiten für Menschen, die aus dem Bildungswesen ausgestiegen sind, Schlüsselkompetenzen zu erwerben oder an verschiedenen Formen von Bildung und Ausbildung teilzunehmen, und dafür zu sorgen, dass die Ergebnisse formaler Bildung und informellen Lernens anerkannt und validiert werden. Die Ziele der Strategie werden durch gezielte Maßnahmen erreicht, mit denen den dem Schulabbruch zugrundeliegenden Ursachen präventiv begegnet werden soll, wenn Schüler Schwierigkeiten haben, und Kompensationsmaßnahmen für Menschen angeboten werden sollen, die frühzeitig von der Schule abgegangen sind, damit sie wieder in das Bildungswesen einsteigen oder Kompetenzen erwerben können.*

*In Spanien sind die rechtlichen Grundlagen für die Senkung der Schulabbrecherquote das Organische Bildungsgesetz von 2006 und das neue Organische Gesetz zur Verbesserung der Qualität des Bildungswesens (LOMCE, 9. Dezember 2013). 2008 verfassten das Bildungsministerium und die Bildungsbehörden der Autonomen Gemeinschaften den „Plan zur Senkung der Schulabbrecherquote“ mit der allgemeinen Strategie zur Bekämpfung des Problems in Spanien. Es folgte ein Programm mit dem Titel „Programm zur Senkung der Quote der Schul- und Ausbildungsabbrecher“. Die im Rahmen dieses Programms und nunmehr auch im Einklang mit dem LOMCE durchgeführten Maßnahmen laufen noch immer und lassen sich in Präventions-, Interventions- und Kompensationsmaßnahmen unterteilen. Dieses Programm deckt jedoch nicht alle Aktivitäten und alle Formen der Zusammenarbeit zwischen Ministerium und Autonomen Gemeinschaften in diesem Bereich ab. Aufgrund der Dezentralisierung können die Maßnahmen je nach Autonomer Gemeinschaft unterschiedlich ausfallen, auch wenn die Maßnahmen, die sich als wirksam erwiesen haben, weit verbreitet sind. Jede Autonome Gemeinschaft verfügt über eigene Maßnahmen für den Umgang mit den bildungspolitischen, sozialen und wirtschaftlichen Gegebenheiten, die in ihrem Gebiet die Quoten von Schul- und Ausbildungsabbrechern am stärksten beeinflussen.*

**Aus: Europäische Kommission/EACEA/Eurydice/Cedefop. Bekämpfung des vorzeitigen Ausstiegs aus der allgemeinen und beruflichen Bildung in Europa. Strategien, Konzepte und Maßnahmen. Bericht von Eurydice und Cedefop. Luxemburg: Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Union, S. 52f. (2014)**



Nur die nationalen Maßnahmen, die erfolgversprechend sind, ...

- a) ... werden zum Vorbild für andere EU-Länder.
- b) ... werden in Spanien auch in den Autonomen Gemeinschaften übernommen.
- c) ... werden auf nationaler Ebene weiter verfolgt.
- d) ... dienen der Europäischen Kommission für weitere Projektvorschläge.

**Quesito 8 Domanda E** - Lesen Sie den folgenden Text und beantworten Sie ausschließlich auf der Grundlage des Textes die folgende Frage, indem Sie die richtige Antwort ankreuzen. Nur eine Antwort ist korrekt.

*Die bulgarische „Strategie zur Senkung der Schulabbrecherquote 2013-2020“ bekräftigt die Notwendigkeit umfassender Konzepte und Maßnahmen, um den erfolgreichen Übergang von Schülern zwischen verschiedenen Bildungsstufen zu gewährleisten, sowie flexibler und wirksamer Möglichkeiten für Menschen, die aus dem Bildungswesen ausgestiegen sind, Schlüsselkompetenzen zu erwerben oder an verschiedenen Formen von Bildung und Ausbildung teilzunehmen, und dafür zu sorgen, dass die Ergebnisse formaler Bildung und informellen Lernens anerkannt und validiert werden. Die Ziele der Strategie werden durch gezielte Maßnahmen erreicht, mit denen den dem Schulabbruch zugrundeliegenden Ursachen präventiv begegnet werden soll, wenn Schüler Schwierigkeiten haben, und Kompensationsmaßnahmen für Menschen angeboten werden sollen, die frühzeitig von der Schule abgegangen sind, damit sie wieder in das Bildungswesen einsteigen oder Kompetenzen erwerben können.*

*In Spanien sind die rechtlichen Grundlagen für die Senkung der Schulabbrecherquote das Organische Bildungsgesetz von 2006 und das neue Organische Gesetz zur Verbesserung der Qualität des Bildungswesens (LOMCE, 9. Dezember 2013). 2008 verfassten das Bildungsministerium und die Bildungsbehörden der Autonomen Gemeinschaften den „Plan zur Senkung der Schulabbrecherquote“ mit der allgemeinen Strategie zur Bekämpfung des Problems in Spanien. Es folgte ein Programm mit dem Titel „Programm zur Senkung der Quote der Schul- und Ausbildungsabbrecher“. Die im Rahmen dieses Programms und nunmehr auch im Einklang mit dem LOMCE durchgeführten Maßnahmen laufen noch immer und lassen sich in Präventions-, Interventions- und Kompensationsmaßnahmen unterteilen. Dieses Programm deckt jedoch nicht alle Aktivitäten und alle Formen der Zusammenarbeit zwischen Ministerium und Autonomen Gemeinschaften in diesem Bereich ab. Aufgrund der Dezentralisierung können die Maßnahmen je nach Autonomer Gemeinschaft unterschiedlich ausfallen, auch wenn die Maßnahmen, die sich als wirksam erwiesen haben, weit verbreitet sind. Jede Autonome Gemeinschaft verfügt über eigene Maßnahmen für den Umgang mit den bildungspolitischen, sozialen und wirtschaftlichen Gegebenheiten, die in ihrem Gebiet die Quoten von Schul- und Ausbildungsabbrechern am stärksten beeinflussen.*

**Aus: Europäische Kommission/EACEA/Eurydice/Cedefop. Bekämpfung des vorzeitigen Ausstiegs aus der allgemeinen und beruflichen Bildung in Europa. Strategien, Konzepte und Maßnahmen. Bericht von Eurydice und Cedefop. Luxemburg: Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Union, S. 52f. (2014)**

Die AutorInnen des Berichts ...

- a) ... erwarten sich von der Dezentralisierung in Spanien besondere Erfolge.
- b) ... beurteilen die Dezentralisierung in Spanien eindeutig negativ.
- c) ... befürworten die Dezentralisierung in Spanien.
- d) ... beurteilen die Dezentralisierung in Spanien weder positiv noch negativ.

## Domande a risposta multipla - EN

**Quesito 7 Domanda A** - -Choose the answer which fits best according to the text.

How can children's civic engagement be supported?

Children's competencies for citizenship can be developed at home, in school, in youth groups and in the community. In schools, children's citizenship can be fostered through the ways students are engaged in school life and decision-making. It can also be promoted through a curriculum on political literacy, by developing social and moral responsibility through student-centred learning and teaching methods

Education for citizenship goes far beyond formal schooling. It includes a wide range of life experiences and learning processes that enable children to develop their personalities, talents and abilities. This requires that schools are children-friendly and promote children's dignity. Participation in school life, the creation of school communities and student councils, peer education and peer counselling, and involvement in school management should be promoted as part of the process through which children learn and experience the realization of their rights. Children must feel that their education is not divorced from real life.

Schools may not always be the best place for children to learn about the rights and responsibilities of citizens. Schools are often conservative and may impart non-democratic values. In addition to the formal education system, young people need practical opportunities to build civic competencies and put these skills into practice. Civic engagement should encourage children's own interests, motivations and ideas. Children need to be involved actively rather than just being told what to do. Children whose experiences are grounded in their own actions are able to speak with confidence. Many countries have set up specific youth-volunteer programmes or incorporate civic-engagement activities in other programmes, including education, economic and democratic, environment, sports, culture and gender. Civic engagement takes time to construct. It requires resources and supportive, experienced adults who can guide children. It should reach out to groups that are generally excluded from social life (for example children with disabilities).

Source: [http://www.unicef.org/eapro/Children\\_as\\_Active\\_Citizens\\_A4\\_book.pdf](http://www.unicef.org/eapro/Children_as_Active_Citizens_A4_book.pdf)

What is the advantage of student-centred learning and teaching methods?

- a) They develop children's competencies for citizenship
- b) They develop groups at home, in school and in the community
- c) They promote a curriculum on political literacy
- d) They foster children

**Quesito 7 Domanda B** - -Choose the answer which fits best according to the text.

How can children's civic engagement be supported?

Children's competencies for citizenship can be developed at home, in school, in youth groups and in the community. In schools, children's citizenship can be fostered through the ways students are engaged in school life and decision-making. It can also be promoted through a curriculum on political literacy, by developing social and moral responsibility through student-centred learning and teaching methods

Education for citizenship goes far beyond formal schooling. It includes a wide range of life experiences and learning processes that enable children to develop their personalities, talents and abilities. This requires that schools are children-friendly and promote children's dignity. Participation in school life, the creation of school communities and student councils, peer education and peer counselling, and involvement in school management should be promoted as part of the process through which children learn and experience the realization of their rights. Children must feel that their education is not divorced from real life.

Schools may not always be the best place for children to learn about the rights and responsibilities of citizens. Schools are often conservative and may impart non-democratic values. In addition to the formal education

system, young people need practical opportunities to build civic competencies and put these skills into practice. Civic engagement should encourage children's own interests, motivations and ideas. Children need to be involved actively rather than just being told what to do. Children whose experiences are grounded in their own actions are able to speak with confidence. Many countries have set up specific youth-volunteer programmes or incorporate civic-engagement activities in other programmes, including education, economic and democratic, environment, sports, culture and gender. Civic engagement takes time to construct. It requires resources and supportive, experienced adults who can guide children. It should reach out to groups that are generally excluded from social life (for example children with disabilities).

Source: [http://www.unicef.org/eapro/Children\\_as\\_Active\\_Citizens\\_A4\\_book.pdf](http://www.unicef.org/eapro/Children_as_Active_Citizens_A4_book.pdf)

Why must schools be children-friendly and promote children's dignity?

- a) To facilitate Education for Citizenship
- b) To extend formal learning
- c) To create new communities
- d) To separate education and real life

**Quesito 7 Domanda C** - -Choose the answer which fits best according to the text.

How can children's civic engagement be supported?

Children's competencies for citizenship can be developed at home, in school, in youth groups and in the community. In schools, children's citizenship can be fostered through the ways students are engaged in school life and decision-making. It can also be promoted through a curriculum on political literacy, by developing social and moral responsibility through student-centred learning and teaching methods

Education for citizenship goes far beyond formal schooling. It includes a wide range of life experiences and learning processes that enable children to develop their personalities, talents and abilities. This requires that schools are children-friendly and promote children's dignity. Participation in school life, the creation of school communities and student councils, peer education and peer counselling, and involvement in school management should be promoted as part of the process through which children learn and experience the realization of their rights. Children must feel that their education is not divorced from real life.

Schools may not always be the best place for children to learn about the rights and responsibilities of citizens. Schools are often conservative and may impart non-democratic values. In addition to the formal education system, young people need practical opportunities to build civic competencies and put these skills into practice. Civic engagement should encourage children's own interests, motivations and ideas. Children need to be involved actively rather than just being told what to do. Children whose experiences are grounded in their own actions are able to speak with confidence. Many countries have set up specific youth-volunteer programmes or incorporate civic-engagement activities in other programmes, including education, economic and democratic, environment, sports, culture and gender. Civic engagement takes time to construct. It requires resources and supportive, experienced adults who can guide children. It should reach out to groups that are generally excluded from social life (for example children with disabilities).

Source: [http://www.unicef.org/eapro/Children\\_as\\_Active\\_Citizens\\_A4\\_book.pdf](http://www.unicef.org/eapro/Children_as_Active_Citizens_A4_book.pdf)

Why might schools not always be the best place for children to learn about the rights and responsibilities of citizens?

- a) Because some schools always promote peer education and peer counselling
- b) Because some schools may be conservative and impart non-democratic values
- c) Because some schools only put skills into practice

- d) Because some schools often create communities and student councils

**Quesito 7 Domanda D** - -Choose the answer which fits best according to the text.

How can children's civic engagement be supported?

Children's competencies for citizenship can be developed at home, in school, in youth groups and in the community. In schools, children's citizenship can be fostered through the ways students are engaged in school life and decision-making. It can also be promoted through a curriculum on political literacy, by developing social and moral responsibility through student-centred learning and teaching methods

Education for citizenship goes far beyond formal schooling. It includes a wide range of life experiences and learning processes that enable children to develop their personalities, talents and abilities. This requires that schools are children-friendly and promote children's dignity. Participation in school life, the creation of school communities and student councils, peer education and peer counselling, and involvement in school management should be promoted as part of the process through which children learn and experience the realization of their rights. Children must feel that their education is not divorced from real life.

Schools may not always be the best place for children to learn about the rights and responsibilities of citizens. Schools are often conservative and may impart non-democratic values. In addition to the formal education system, young people need practical opportunities to build civic competencies and put these skills into practice. Civic engagement should encourage children's own interests, motivations and ideas. Children need to be involved actively rather than just being told what to do. Children whose experiences are grounded in their own actions are able to speak with confidence. Many countries have set up specific youth-volunteer programmes or incorporate civic-engagement activities in other programmes, including education, economic and democratic, environment, sports, culture and gender. Civic engagement takes time to construct. It requires resources and supportive, experienced adults who can guide children. It should reach out to groups that are generally excluded from social life (for example children with disabilities).

Source: [http://www.unicef.org/eapro/Children\\_as\\_Active\\_Citizens\\_A4\\_book.pdf](http://www.unicef.org/eapro/Children_as_Active_Citizens_A4_book.pdf)

What are the preferable characteristics of civic engagement?

- a) Children must ground their experiences in their own actions
- b) Schools need to speak to children with confidence
- c) Children's individual interests should be promoted
- d) Children should be told what to do

**Quesito 7 Domanda E** - -Choose the answer which fits best according to the text.

How can children's civic engagement be supported?

Children's competencies for citizenship can be developed at home, in school, in youth groups and in the community. In schools, children's citizenship can be fostered through the ways students are engaged in school life and decision-making. It can also be promoted through a curriculum on political literacy, by developing social and moral responsibility through student-centred learning and teaching methods

Education for citizenship goes far beyond formal schooling. It includes a wide range of life experiences and learning processes that enable children to develop their personalities, talents and abilities. This requires that schools are children-friendly and promote children's dignity. Participation in school life, the creation of school communities and student councils, peer education and peer counselling, and involvement in school management should be promoted as part of the process through which children learn and experience the realization of their rights. Children must feel that their education is not divorced from real life.

Schools may not always be the best place for children to learn about the rights and responsibilities of citizens. Schools are often conservative and may impart non-democratic values. In addition to the formal education

system, young people need practical opportunities to build civic competencies and put these skills into practice. Civic engagement should encourage children's own interests, motivations and ideas. Children need to be involved actively rather than just being told what to do. Children whose experiences are grounded in their own actions are able to speak with confidence. Many countries have set up specific youth-volunteer programmes or incorporate civic-engagement activities in other programmes, including education, economic and democratic, environment, sports, culture and gender. Civic engagement takes time to construct. It requires resources and supportive, experienced adults who can guide children. It should reach out to groups that are generally excluded from social life (for example children with disabilities).

Source: [http://www.unicef.org/eapro/Children\\_as\\_Active\\_Citizens\\_A4\\_book.pdf](http://www.unicef.org/eapro/Children_as_Active_Citizens_A4_book.pdf)

Which of the following is NOT necessarily required to develop civic engagement?

- a) Suitable resources
- b) Adults willing to help
- c) A strong economy
- d) A long-term plan

**Quesito 8 Domanda A** - -Choose the answer which fits best according to the text.

What is meant by citizenship education?

Citizenship education can be defined as educating children, from early childhood, to become clear-thinking and enlightened citizens who participate in decisions concerning society. 'Society' is here understood in the special sense of a nation with a circumscribed territory which is recognized as a state.

A knowledge of the nation's institutions, and also an awareness that the rule of law applies to social and human relationships, obviously form part of any citizenship education course. Taken in this sense, citizenship education is based on the distinction between:

- the individual as a subject of ethics and law, entitled to all the rights inherent in the human condition (human rights); and
- the citizen, entitled to the civil and political rights recognized by the national constitution of the country concerned.

All human beings are both individuals and citizens of the society to which they belong. Therefore, human rights and citizen rights are interdependent. Men, women and children all come into the world as individual human beings. Thanks to the immense historical conquest of human rights, we are equal, in rights and dignity, to all other human beings. When citizenship education has the purpose of 'educating future citizens' it must necessarily address children, young people and adults, who are living beings, having the status of human beings endowed with conscience and reason. It cannot, therefore, exclude consideration of individuals as subjects, each with individual characteristics.

Conversely, citizenship education which trains 'good' citizens, i.e. citizens aware of the human and political issues at stake in their society or nation, requires citizens to exhibit ethical and moral qualities. All forms of citizenship education inculcate (or aim at inculcating) respect for others and recognition of the equality of all human beings, while combating all forms of discrimination by fostering a spirit of tolerance and peace.

Source: [http://www.unesco.org/education/tlsf/mods/theme\\_b/interact/mod07task03/appendix.htm](http://www.unesco.org/education/tlsf/mods/theme_b/interact/mod07task03/appendix.htm)

How is the term 'society' defined in the first paragraph?

- a) As part of citizenship education
- b) As a group of children
- c) As a special nation

- d) As a state with recognised borders

**Quesito 8 Domanda B** - -Choose the answer which fits best according to the text.

What is meant by citizenship education?

Citizenship education can be defined as educating children, from early childhood, to become clear-thinking and enlightened citizens who participate in decisions concerning society. 'Society' is here understood in the special sense of a nation with a circumscribed territory which is recognized as a state.

A knowledge of the nation's institutions, and also an awareness that the rule of law applies to social and human relationships, obviously form part of any citizenship education course. Taken in this sense, citizenship education is based on the distinction between:

- the individual as a subject of ethics and law, entitled to all the rights inherent in the human condition (human rights); and
- the citizen, entitled to the civil and political rights recognized by the national constitution of the country concerned.

All human beings are both individuals and citizens of the society to which they belong. Therefore, human rights and citizen rights are interdependent. Men, women and children all come into the world as individual human beings. Thanks to the immense historical conquest of human rights, we are equal, in rights and dignity, to all other human beings. When citizenship education has the purpose of 'educating future citizens' it must necessarily address children, young people and adults, who are living beings, having the status of human beings endowed with conscience and reason. It cannot, therefore, exclude consideration of individuals as subjects, each with individual characteristics.

Conversely, citizenship education which trains 'good' citizens, i.e. citizens aware of the human and political issues at stake in their society or nation, requires citizens to exhibit ethical and moral qualities. All forms of citizenship education inculcate (or aim at inculcating) respect for others and recognition of the equality of all human beings, while combating all forms of discrimination by fostering a spirit of tolerance and peace.

Source: [http://www.unesco.org/education/tlsf/mods/theme\\_b/interact/mod07task03/appendix.htm](http://www.unesco.org/education/tlsf/mods/theme_b/interact/mod07task03/appendix.htm)

Which of the following might NOT form part of a citizenship education course?

- a) Awareness that the rule of law applies to social relationships
- b) The difference between state and private education
- c) The understanding of the relationship between the rule of law and human interactions
- d) Knowledge of a nation's institutions

**Quesito 8 Domanda C** - -Choose the answer which fits best according to the text.

What is meant by citizenship education?

Citizenship education can be defined as educating children, from early childhood, to become clear-thinking and enlightened citizens who participate in decisions concerning society. 'Society' is here understood in the special sense of a nation with a circumscribed territory which is recognized as a state.

A knowledge of the nation's institutions, and also an awareness that the rule of law applies to social and human relationships, obviously form part of any citizenship education course. Taken in this sense, citizenship education is based on the distinction between:

- the individual as a subject of ethics and law, entitled to all the rights inherent in the human condition (human rights); and
- the citizen, entitled to the civil and political rights recognized by the national constitution of the country

concerned.

All human beings are both individuals and citizens of the society to which they belong. Therefore, human rights and citizen rights are interdependent. Men, women and children all come into the world as individual human beings. Thanks to the immense historical conquest of human rights, we are equal, in rights and dignity, to all other human beings. When citizenship education has the purpose of 'educating future citizens' it must necessarily address children, young people and adults, who are living beings, having the status of human beings endowed with conscience and reason. It cannot, therefore, exclude consideration of individuals as subjects, each with individual characteristics.

Conversely, citizenship education which trains 'good' citizens, i.e. citizens aware of the human and political issues at stake in their society or nation, requires citizens to exhibit ethical and moral qualities. All forms of citizenship education inculcate (or aim at inculcating) respect for others and recognition of the equality of all human beings, while combating all forms of discrimination by fostering a spirit of tolerance and peace.

Source: [http://www.unesco.org/education/tlsf/mods/theme\\_b/interact/mod07task03/appendix.htm](http://www.unesco.org/education/tlsf/mods/theme_b/interact/mod07task03/appendix.htm)

Citizenship education is founded on the distinction between

- a) the individual and the citizen
- b) the nation and the state
- c) ethics and the law
- d) children and adults

**Quesito 8 Domanda D** - -Choose the answer which fits best according to the text.

What is meant by citizenship education?

Citizenship education can be defined as educating children, from early childhood, to become clear-thinking and enlightened citizens who participate in decisions concerning society. 'Society' is here understood in the special sense of a nation with a circumscribed territory which is recognized as a state.

A knowledge of the nation's institutions, and also an awareness that the rule of law applies to social and human relationships, obviously form part of any citizenship education course. Taken in this sense, citizenship education is based on the distinction between:

- the individual as a subject of ethics and law, entitled to all the rights inherent in the human condition (human rights); and
- the citizen, entitled to the civil and political rights recognized by the national constitution of the country concerned.

All human beings are both individuals and citizens of the society to which they belong. Therefore, human rights and citizen rights are interdependent. Men, women and children all come into the world as individual human beings. Thanks to the immense historical conquest of human rights, we are equal, in rights and dignity, to all other human beings. When citizenship education has the purpose of 'educating future citizens' it must necessarily address children, young people and adults, who are living beings, having the status of human beings endowed with conscience and reason. It cannot, therefore, exclude consideration of individuals as subjects, each with individual characteristics.

Conversely, citizenship education which trains 'good' citizens, i.e. citizens aware of the human and political issues at stake in their society or nation, requires citizens to exhibit ethical and moral qualities. All forms of citizenship education inculcate (or aim at inculcating) respect for others and recognition of the equality of all human beings, while combating all forms of discrimination by fostering a spirit of tolerance and peace.

Source: [http://www.unesco.org/education/tlsf/mods/theme\\_b/interact/mod07task03/appendix.htm](http://www.unesco.org/education/tlsf/mods/theme_b/interact/mod07task03/appendix.htm)

In the phrase 'it must necessarily address children', what does 'address' mean?

- a) look after
- b) live with
- c) turn up
- d) speak to

**Quesito 8 Domanda E** - -Choose the answer which fits best according to the text.

What is meant by citizenship education?

Citizenship education can be defined as educating children, from early childhood, to become clear-thinking and enlightened citizens who participate in decisions concerning society. 'Society' is here understood in the special sense of a nation with a circumscribed territory which is recognized as a state.

A knowledge of the nation's institutions, and also an awareness that the rule of law applies to social and human relationships, obviously form part of any citizenship education course. Taken in this sense, citizenship education is based on the distinction between:

- the individual as a subject of ethics and law, entitled to all the rights inherent in the human condition (human rights); and
- the citizen, entitled to the civil and political rights recognized by the national constitution of the country concerned.

All human beings are both individuals and citizens of the society to which they belong. Therefore, human rights and citizen rights are interdependent. Men, women and children all come into the world as individual human beings. Thanks to the immense historical conquest of human rights, we are equal, in rights and dignity, to all other human beings. When citizenship education has the purpose of 'educating future citizens' it must necessarily address children, young people and adults, who are living beings, having the status of human beings endowed with conscience and reason. It cannot, therefore, exclude consideration of individuals as subjects, each with individual characteristics.

Conversely, citizenship education which trains 'good' citizens, i.e. citizens aware of the human and political issues at stake in their society or nation, requires citizens to exhibit ethical and moral qualities. All forms of citizenship education inculcate (or aim at inculcating) respect for others and recognition of the equality of all human beings, while combating all forms of discrimination by fostering a spirit of tolerance and peace.

Source: [http://www.unesco.org/education/tlsf/mods/theme\\_b/interact/mod07task03/appendix.htm](http://www.unesco.org/education/tlsf/mods/theme_b/interact/mod07task03/appendix.htm)

Which of the following would always be a typical characteristic of all forms of citizenship education?

- a) Fostering of discrimination
- b) Encouragement of tolerance and peace
- c) Training for combat
- d) Preparation of exhibitions

## Domande a risposta multipla - ES

**Quesito 7 Domanda A** - Lea el siguiente texto y conteste, únicamente sobre la base de lo que ha leído, la siguiente pregunta. Sólo una respuesta es correcta.

LAS RECOMENDACIONES DEL CONSEJO DE LA UNIÓN EUROPEA: ABANDONO ESCOLAR

Las recomendaciones del Consejo de la Unión Europea relativas a las políticas para reducir el abandono escolar



prematureo incluyen (Consejo de Europa, 2011: 4-6):

- a) Políticas de prevención (reducir el riesgo de abandono antes de que empiece): proporcionar una educación infantil de calidad; aumentar oportunidades de formación más allá de la enseñanza obligatoria; promover políticas contra la segregación escolar y mayor apoyo a los centros en zonas desfavorecidas; destacar el valor de la diversidad lingüística; reforzar la participación de los padres; aumentar la flexibilidad de los itinerarios educativos; reforzar unos itinerarios de formación profesional de alta calidad y reforzar el vínculo entre los sistemas educativo y de formación y el mundo laboral.
- b) Políticas de intervención (reacción a señales de alerta): transformar los centros de enseñanza en comunidades de aprendizaje basadas en una visión común del desarrollo escolar; elaborar sistemas de alerta precoz para los alumnos que presentan riesgo; aumentar la implicación de los padres, la comunidad local, asociaciones de inmigrantes, asociaciones culturales y deportivas...; apoyar y capacitar a los profesores con los alumnos en situación de riesgo; y fomentar actividades extracurriculares que promuevan la autoestima de los alumnos en riesgo.
- c) Políticas de intervención a escala individual (apoyo específico según necesidades de cada alumno): tutoría individual y tutoría en pequeños grupos; reforzar las metodologías de aprendizaje personalizado; reforzar la orientación escolar y profesional; garantizar apoyo financiero para estudiantes que puedan dejar los estudios por motivos económicos.
- d) Medidas compensatorias (vías para la reincorporación a la educación y formación): programas de segunda oportunidad que respondan a las necesidades de quienes han abandonado prematuramente; vías de reincorporación a la enseñanza y formación generales; reconocimiento de los aprendizajes no formales para aumentar la autoestima de los alumnos; y apoyo individual específico-social, económico, educativo y psicológico para los jóvenes en dificultad.

(ADAPTADO DE Los debates sobre el fracaso y el abandono escolar. Las propuestas educativas internacionales y españolas, BELÉN PASCUAL BARRIO, JOAN AMER FERNÁNDEZ, Praxis Sociológica no 17 . 2013 . [www.praxissociologica.es](http://www.praxissociologica.es))

El Consejo de la UE recomienda ante el abandono escolar prematuro,

- a) actuar antes de que se produzca, poner señales de alerta, tratar las necesidades individuales de cada alumno y dar apoyo económico a los alumnos para que se reincorporen a los centros de formación
- b) prevenirlo antes de que se dé, estar atentos a las posibles señales que dan los alumnos, ofrecer una formación individual y hacer que los alumnos vuelvan a los centros de formación
- c) actuar inmediatamente cuando se produce, poner señales de alerta, atender a los alumnos de forma personalizada y crear vías para la reinserción en las escuelas
- d) prevenirlo antes de que se produzca, intervenir ante las señales de alerta, atender a las necesidades individuales y ofrecer medios para la reincorporación a la educación y la formación

**Quesito 7 Domanda B** - Lea el siguiente texto y conteste, únicamente sobre la base de lo que ha leído, la siguiente pregunta. Sólo una respuesta es correcta.

#### LAS RECOMENDACIONES DEL CONSEJO DE LA UNIÓN EUROPEA: ABANDONO ESCOLAR

Las recomendaciones del Consejo de la Unión Europea relativas a las políticas para reducir el abandono escolar prematuro incluyen (Consejo de Europa, 2011: 4-6):

- a) Políticas de prevención (reducir el riesgo de abandono antes de que empiece): proporcionar una educación infantil de calidad; aumentar oportunidades de formación más allá de la enseñanza obligatoria; promover políticas contra la segregación escolar y mayor apoyo a los centros en zonas desfavorecidas; destacar el valor de la diversidad lingüística; reforzar la participación de los padres; aumentar la flexibilidad de los itinerarios educativos; reforzar unos itinerarios de formación profesional de alta calidad y reforzar el vínculo entre los sistemas educativo y de formación y el mundo laboral.
- b) Políticas de intervención (reacción a señales de alerta): transformar los centros de enseñanza en comunidades de aprendizaje basadas en una visión común del desarrollo escolar; elaborar sistemas de alerta

precoz para los alumnos que presentan riesgo; aumentar la implicación de los padres, la comunidad local, asociaciones de inmigrantes, asociaciones culturales y deportivas...; apoyar y capacitar a los profesores con los alumnos en situación de riesgo; y fomentar actividades extracurriculares que promuevan la autoestima de los alumnos en riesgo.

c) Políticas de intervención a escala individual (apoyo específico según necesidades de cada alumno): tutoría individual y tutoría en pequeños grupos; reforzar las metodologías de aprendizaje personalizado; reforzar la orientación escolar y profesional; garantizar apoyo financiero para estudiantes que puedan dejar los estudios por motivos económicos.

d) Medidas compensatorias (vías para la reincorporación a la educación y formación): programas de segunda oportunidad que respondan a las necesidades de quienes han abandonado prematuramente; vías de reincorporación a la enseñanza y formación generales; reconocimiento de los aprendizajes no formales para aumentar la autoestima de los alumnos; y apoyo individual específico—social, económico, educativo y psicológico para los jóvenes en dificultad.

(ADAPTADO DE Los debates sobre el fracaso y el abandono escolar. Las propuestas educativas internacionales y españolas, BELÉN PASCUAL BARRIO, JOAN AMER FERNÁNDEZ, Praxis Sociológica no 17 . 2013 . [www.praxissociologica.es](http://www.praxissociologica.es))

Son algunas medidas de la política de intervención:

- a) una enseñanza de calidad para los niños, una formación que no se limite a la enseñanza obligatoria y la valoración positiva de la diversidad lingüística
- b) atender a la diversidad cultural y lingüística, favorecer la participación de los padres en la educación de los hijos, flexibilizar los programas educativos y crear vínculos entre las escuelas y otros centros de formación
- c) una enseñanza infantil de calidad, la obligatoriedad de la enseñanza, la impartición de lenguas no maternas y la flexibilidad de los programas educativos
- d) fortalecer las relaciones entre los sistemas educativos y el mundo laboral, proporcionar una enseñanza infantil de calidad, formar debidamente a los profesores y a los padres y apoyar a los centros localizados en zonas poco favorecidas

**Quesito 7 Domanda C** - Lea el siguiente texto y conteste, únicamente sobre la base de lo que ha leído, la siguiente pregunta. Sólo una respuesta es correcta.

#### LAS RECOMENDACIONES DEL CONSEJO DE LA UNIÓN EUROPEA: ABANDONO ESCOLAR

Las recomendaciones del Consejo de la Unión Europea relativas a las políticas para reducir el abandono escolar prematuro incluyen (Consejo de Europa, 2011: 4-6):

a) Políticas de prevención (reducir el riesgo de abandono antes de que empiece): proporcionar una educación infantil de calidad; aumentar oportunidades de formación más allá de la enseñanza obligatoria; promover políticas contra la segregación escolar y mayor apoyo a los centros en zonas desfavorecidas; destacar el valor de la diversidad lingüística; reforzar la participación de los padres; aumentar la flexibilidad de los itinerarios educativos; reforzar unos itinerarios de formación profesional de alta calidad y reforzar el vínculo entre los sistemas educativo y de formación y el mundo laboral.

b) Políticas de intervención (reacción a señales de alerta): transformar los centros de enseñanza en comunidades de aprendizaje basadas en una visión común del desarrollo escolar; elaborar sistemas de alerta precoz para los alumnos que presentan riesgo; aumentar la implicación de los padres, la comunidad local, asociaciones de inmigrantes, asociaciones culturales y deportivas...; apoyar y capacitar a los profesores con los alumnos en situación de riesgo; y fomentar actividades extracurriculares que promuevan la autoestima de los alumnos en riesgo.

c) Políticas de intervención a escala individual (apoyo específico según necesidades de cada alumno): tutoría individual y tutoría en pequeños grupos; reforzar las metodologías de aprendizaje personalizado; reforzar la orientación escolar y profesional; garantizar apoyo financiero para estudiantes que puedan dejar los estudios por motivos económicos.

d) Medidas compensatorias (vías para la reincorporación a la educación y formación): programas de segunda oportunidad que respondan a las necesidades de quienes han abandonado prematuramente; vías de reincorporación a la enseñanza y formación generales; reconocimiento de los aprendizajes no formales para aumentar la autoestima de los alumnos; y apoyo individual específico—social, económico, educativo y psicológico para los jóvenes en dificultad.

(ADAPTADO DE Los debates sobre el fracaso y el abandono escolar. Las propuestas educativas internacionales y españolas, BELÉN PASCUAL BARRIO, JOAN AMER FERNÁNDEZ, Praxis Sociológica no 17 . 2013 . [www.praxis sociologica.es](http://www.praxis sociologica.es))

De acuerdo con el texto, es importante en una política de intervención

- a) diseñar sistemas que den la alerta contra alumnos que supongan un riesgo y mantener un contacto constante con las familias
- b) fomentar una mayor implicación de padres, de diversas asociaciones, como pueden ser las de inmigrantes, las culturales y deportivas, etc. y también de la comunidad local
- c) motivar a los profesores que trabajan en centros con alumnos en situación de riesgo y darles medios para su trabajo y hacer que estos establezcan vínculos con las familias y las diversas asociaciones
- d) incluir dentro del currículo actividades motivadoras para los alumnos en riesgo y proporcionarles profesores motivados y cualificados para atender a sus necesidades

**Quesito 7 Domanda D** - Lea el siguiente texto y conteste, únicamente sobre la base de lo que ha leído, la siguiente pregunta. Sólo una respuesta es correcta.

#### LAS RECOMENDACIONES DEL CONSEJO DE LA UNIÓN EUROPEA: ABANDONO ESCOLAR

Las recomendaciones del Consejo de la Unión Europea relativas a las políticas para reducir el abandono escolar prematuro incluyen (Consejo de Europa, 2011: 4-6):

- a) Políticas de prevención (reducir el riesgo de abandono antes de que empiece): proporcionar una educación infantil de calidad; aumentar oportunidades de formación más allá de la enseñanza obligatoria; promover políticas contra la segregación escolar y mayor apoyo a los centros en zonas desfavorecidas; destacar el valor de la diversidad lingüística; reforzar la participación de los padres; aumentar la flexibilidad de los itinerarios educativos; reforzar unos itinerarios de formación profesional de alta calidad y reforzar el vínculo entre los sistemas educativo y de formación y el mundo laboral.
- b) Políticas de intervención (reacción a señales de alerta): transformar los centros de enseñanza en comunidades de aprendizaje basadas en una visión común del desarrollo escolar; elaborar sistemas de alerta precoz para los alumnos que presentan riesgo; aumentar la implicación de los padres, la comunidad local, asociaciones de inmigrantes, asociaciones culturales y deportivas...; apoyar y capacitar a los profesores con los alumnos en situación de riesgo; y fomentar actividades extracurriculares que promuevan la autoestima de los alumnos en riesgo.
- c) Políticas de intervención a escala individual (apoyo específico según necesidades de cada alumno): tutoría individual y tutoría en pequeños grupos; reforzar las metodologías de aprendizaje personalizado; reforzar la orientación escolar y profesional; garantizar apoyo financiero para estudiantes que puedan dejar los estudios por motivos económicos.
- d) Medidas compensatorias (vías para la reincorporación a la educación y formación): programas de segunda oportunidad que respondan a las necesidades de quienes han abandonado prematuramente; vías de reincorporación a la enseñanza y formación generales; reconocimiento de los aprendizajes no formales para aumentar la autoestima de los alumnos; y apoyo individual específico—social, económico, educativo y psicológico para los jóvenes en dificultad.

(ADAPTADO DE Los debates sobre el fracaso y el abandono escolar. Las propuestas educativas internacionales y españolas, BELÉN PASCUAL BARRIO, JOAN AMER FERNÁNDEZ, Praxis Sociológica no 17 . 2013 . [www.praxis sociologica.es](http://www.praxis sociologica.es))

Es importante en una política de intervención a escala individual

- a) ofrecer tutorías de todo tipo, individuales o no, reforzar la orientación escolar frente a la profesional y apoyar financieramente a los alumnos con problemas económicos
- b) reforzar las metodologías de integración en la escuela y la formación escolar y no escolar
- c) que se proporcionen ayudas de carácter material a los alumnos con abandono escolar debido a su mala situación económica
- d) garantizar que los alumnos en desventaja económica puedan acceder a la escolarización y darles también una orientación para su futuro profesional

**Quesito 7 Domanda E** - Lea el siguiente texto y conteste, únicamente sobre la base de lo que ha leído, la siguiente pregunta. Sólo una respuesta es correcta.

#### LAS RECOMENDACIONES DEL CONSEJO DE LA UNIÓN EUROPEA: ABANDONO ESCOLAR

Las recomendaciones del Consejo de la Unión Europea relativas a las políticas para reducir el abandono escolar prematuro incluyen (Consejo de Europa, 2011: 4-6):

- a) Políticas de prevención (reducir el riesgo de abandono antes de que empiece): proporcionar una educación infantil de calidad; aumentar oportunidades de formación más allá de la enseñanza obligatoria; promover políticas contra la segregación escolar y mayor apoyo a los centros en zonas desfavorecidas; destacar el valor de la diversidad lingüística; reforzar la participación de los padres; aumentar la flexibilidad de los itinerarios educativos; reforzar unos itinerarios de formación profesional de alta calidad y reforzar el vínculo entre los sistemas educativo y de formación y el mundo laboral.
- b) Políticas de intervención (reacción a señales de alerta): transformar los centros de enseñanza en comunidades de aprendizaje basadas en una visión común del desarrollo escolar; elaborar sistemas de alerta precoz para los alumnos que presentan riesgo; aumentar la implicación de los padres, la comunidad local, asociaciones de inmigrantes, asociaciones culturales y deportivas...; apoyar y capacitar a los profesores con los alumnos en situación de riesgo; y fomentar actividades extracurriculares que promuevan la autoestima de los alumnos en riesgo.
- c) Políticas de intervención a escala individual (apoyo específico según necesidades de cada alumno): tutoría individual y tutoría en pequeños grupos; reforzar las metodologías de aprendizaje personalizado; reforzar la orientación escolar y profesional; garantizar apoyo financiero para estudiantes que puedan dejar los estudios por motivos económicos.
- d) Medidas compensatorias (vías para la reincorporación a la educación y formación): programas de segunda oportunidad que respondan a las necesidades de quienes han abandonado prematuramente; vías de reincorporación a la enseñanza y formación generales; reconocimiento de los aprendizajes no formales para aumentar la autoestima de los alumnos; y apoyo individual específico—social, económico, educativo y psicológico para los jóvenes en dificultad.

(ADAPTADO DE Los debates sobre el fracaso y el abandono escolar. Las propuestas educativas internacionales y españolas, BELÉN PASCUAL BARRIO, JOAN AMER FERNÁNDEZ, Praxis Sociológica no 17 . 2013 . [www.praxis sociologica.es](http://www.praxis sociologica.es))

Es una medida compensatoria

- a) dar otra oportunidad al alumnado que ha abandonado la escuela de forma prematura mediante programas más ajustados a sus necesidades
- b) subir la autoestima de jóvenes en dificultad mediante las tutorías y el refuerzo del aprendizaje dentro y fuera de la escuela
- c) crear grupos de apoyo psicológico, económico, social y educativo en los que se puedan integrar alumnos en dificultad

- d) ofrecer otras opciones a los alumnos que no deseen o no puedan continuar en la escuela

**Quesito 8 Domanda A** - Lea el siguiente texto y conteste, únicamente sobre la base de lo que ha leído, la siguiente pregunta. Sólo una respuesta es correcta.

#### CIUDADANÍA INTERCULTURAL

Si el diálogo intercultural es necesario, de ningún modo su buen resultado está garantizado; tampoco el logro de sus mínimas condiciones iniciales. Teniendo en cuenta que a la interculturalidad nos conduce la radicalización de la democracia, en la misma medida en que la democracia requiere de ella, es oportuno recordar que tanto las personas como las culturas democráticas no nacen, sino que se hacen. Nuestra humanidad no cuenta con "genes democráticos" y eso significa la necesidad insoslayable del aprendizaje individual y colectivo de la participación democrática. A estas alturas hemos de asumir, dada la vinculación entre democracia e interculturalidad en las sociedades de pluralidad compleja, que por fuerza han de ir juntas la educación para la primera y la educación para la segunda. Es más, la manera más coherente de entender la educación intercultural es plantearla como "educación democrática radicalizada". Es esencial a la democracia política la dinámica ética del recíproco reconocimiento igualitario de la dignidad de todos, y lo que supone la interculturalidad es profundizar en ella, por amor de la inclusividad de la lógica democrática, para que ese reconocimiento llegue a los culturalmente diferentes.

Diálogo, educación y democracia en función de la interculturalidad que se plantea como necesaria tienen pleno sentido si la ciudadanía democrática la pensamos y realizamos en los términos de una nueva ciudadanía intercultural.

El diálogo intercultural hay que acometerlo a diferentes niveles, teniendo en cuenta las características y posibilidades de cada uno de ellos. No se puede proceder de la misma manera en el nivel del "macrodiálogo" político que en el "microdiálogo" de las relaciones interpersonales o intercomunitarias. Es importante no perder de vista las diferencias entre esos niveles y a la vez poner en relación lo que en cada uno puede lograrse. Pero es crucial tener claro cuál es el objetivo de los acuerdos que se busca.

Pérez Tapias, J. A. (2002). "Ciudadanía intercultural". Actas I Congreso Nacional sobre Educación Intercultural. Desde el multiculturalismo hacia la interculturalidad. Aguadulce, 26, 27 y 28 de abril de 2002. ([http://www.segundaslenguaseinmigracion.com/Actas\\_Congresos/congresalmeria/tapias.PDF](http://www.segundaslenguaseinmigracion.com/Actas_Congresos/congresalmeria/tapias.PDF))

Según el texto,

- a) el diálogo intercultural está plenamente garantizado, ya que se han alcanzado las condiciones mínimas que lo hacen posible
- b) el diálogo intercultural está asegurado, aunque todavía no se haya entablado porque no se dan las condiciones favorables para iniciarlo
- c) los resultados del diálogo intercultural aún están lejos del éxito, a pesar de que dicho diálogo sea imprescindible
- d) como el diálogo intercultural ha iniciado con logros mínimos, su buen resultado está garantizado

**Quesito 8 Domanda B** - Lea el siguiente texto y conteste, únicamente sobre la base de lo que ha leído, la siguiente pregunta. Sólo una respuesta es correcta.

#### CIUDADANÍA INTERCULTURAL

Si el diálogo intercultural es necesario, de ningún modo su buen resultado está garantizado; tampoco el logro de sus mínimas condiciones iniciales. Teniendo en cuenta que a la interculturalidad nos conduce la radicalización de la democracia, en la misma medida en que la democracia requiere de ella, es oportuno recordar que tanto las personas como las culturas democráticas no nacen, sino que se hacen. Nuestra humanidad no cuenta con "genes democráticos" y eso significa la necesidad insoslayable del aprendizaje individual y colectivo de la

participación democrática. A estas alturas hemos de asumir, dada la vinculación entre democracia e interculturalidad en las sociedades de pluralidad compleja, que por fuerza han de ir juntas la educación para la primera y la educación para la segunda. Es más, la manera más coherente de entender la educación intercultural es plantearla como "educación democrática radicalizada". Es esencial a la democracia política la dinámica ética del recíproco reconocimiento igualitario de la dignidad de todos, y lo que supone la interculturalidad es profundizar en ella, por amor de la inclusividad de la lógica democrática, para que ese reconocimiento llegue a los culturalmente diferentes.

Diálogo, educación y democracia en función de la interculturalidad que se plantea como necesaria tienen pleno sentido si la ciudadanía democrática la pensamos y realizamos en los términos de una nueva ciudadanía intercultural.

El diálogo intercultural hay que acometerlo a diferentes niveles, teniendo en cuenta las características y posibilidades de cada uno de ellos. No se puede proceder de la misma manera en el nivel del "macrodiálogo" político que en el "microdiálogo" de las relaciones interpersonales o intercomunitarias. Es importante no perder de vista las diferencias entre esos niveles y a la vez poner en relación lo que en cada uno puede lograrse. Pero es crucial tener claro cuál es el objetivo de los acuerdos que se busca.

Pérez Tapias, J. A. (2002). "Ciudadanía intercultural". Actas I Congreso Nacional sobre Educación Intercultural. Desde el multiculturalismo hacia la interculturalidad. Aguadulce, 26, 27 y 28 de abril de 2002. ([http://www.segundaslenguaseinmigracion.com/Actas\\_Congresos/congresalmeria/tapias.PDF](http://www.segundaslenguaseinmigracion.com/Actas_Congresos/congresalmeria/tapias.PDF))

Según el texto, la consecuencia de que la democracia no sea congénita es que

- a) una cultura democrática conduce a la aceptación intercultural siempre y cuando se enseñen, al individuo y a la colectividad, formas de participación ciudadana
- b) la población no tendría que someterse a un proceso formativo para estimular su participación democrática
- c) el aprendizaje individual y colectivo de formas de participación ciudadana es una acción educativa soslayable
- d) una cultura democrática conduce al rechazo intercultural por mucho que se intente formar a la colectividad

**Quesito 8 Domanda C** - Lea el siguiente texto y conteste, únicamente sobre la base de lo que ha leído, la siguiente pregunta. Sólo una respuesta es correcta.

#### CIUDADANÍA INTERCULTURAL

Si el diálogo intercultural es necesario, de ningún modo su buen resultado está garantizado; tampoco el logro de sus mínimas condiciones iniciales. Teniendo en cuenta que a la interculturalidad nos conduce la radicalización de la democracia, en la misma medida en que la democracia requiere de ella, es oportuno recordar que tanto las personas como las culturas democráticas no nacen, sino que se hacen. Nuestra humanidad no cuenta con "genes democráticos" y eso significa la necesidad insoslayable del aprendizaje individual y colectivo de la participación democrática. A estas alturas hemos de asumir, dada la vinculación entre democracia e interculturalidad en las sociedades de pluralidad compleja, que por fuerza han de ir juntas la educación para la primera y la educación para la segunda. Es más, la manera más coherente de entender la educación intercultural es plantearla como "educación democrática radicalizada". Es esencial a la democracia política la dinámica ética del recíproco reconocimiento igualitario de la dignidad de todos, y lo que supone la interculturalidad es profundizar en ella, por amor de la inclusividad de la lógica democrática, para que ese reconocimiento llegue a los culturalmente diferentes.

Diálogo, educación y democracia en función de la interculturalidad que se plantea como necesaria tienen pleno sentido si la ciudadanía democrática la pensamos y realizamos en los términos de una nueva ciudadanía intercultural.

El diálogo intercultural hay que acometerlo a diferentes niveles, teniendo en cuenta las características y posibilidades de cada uno de ellos. No se puede proceder de la misma manera en el nivel del "macrodiálogo" político que en el "microdiálogo" de las relaciones interpersonales o intercomunitarias. Es importante no perder de vista las diferencias entre esos niveles y a la vez poner en relación lo que en cada uno puede lograrse. Pero

es crucial tener claro cuál es el objetivo de los acuerdos que se busca.

Pérez Tapias, J. A. (2002). "Ciudadanía intercultural". Actas I Congreso Nacional sobre Educación Intercultural. Desde el multiculturalismo hacia la interculturalidad. Aguadulce, 26, 27 y 28 de abril de 2002. ([http://www.segundaslenguaseinmigracion.com/Actas\\_Congresos/congresalmeria/tapias.PDF](http://www.segundaslenguaseinmigracion.com/Actas_Congresos/congresalmeria/tapias.PDF))

Para el autor,

- a) la manera más coherente de entender la educación intercultural es enfocarla como una radicalización de la cultura
- b) la manera más coherente de entender la educación intercultural es plantearla como una democracia genética
- c) concebir con coherencia la educación intercultural comporta idear un enfoque democrático radicalizado
- d) por coherencia, el enfoque educativo intercultural tiene que democratizar lo radicalizado

**Quesito 8 Domanda D** - Lea el siguiente texto y conteste, únicamente sobre la base de lo que ha leído, la siguiente pregunta. Sólo una respuesta es correcta.

#### CIUDADANÍA INTERCULTURAL

Si el diálogo intercultural es necesario, de ningún modo su buen resultado está garantizado; tampoco el logro de sus mínimas condiciones iniciales. Teniendo en cuenta que a la interculturalidad nos conduce la radicalización de la democracia, en la misma medida en que la democracia requiere de ella, es oportuno recordar que tanto las personas como las culturas democráticas no nacen, sino que se hacen. Nuestra humanidad no cuenta con "genes democráticos" y eso significa la necesidad insoslayable del aprendizaje individual y colectivo de la participación democrática. A estas alturas hemos de asumir, dada la vinculación entre democracia e interculturalidad en las sociedades de pluralidad compleja, que por fuerza han de ir juntas la educación para la primera y la educación para la segunda. Es más, la manera más coherente de entender la educación intercultural es plantearla como "educación democrática radicalizada". Es esencial a la democracia política la dinámica ética del recíproco reconocimiento igualitario de la dignidad de todos, y lo que supone la interculturalidad es profundizar en ella, por amor de la inclusividad de la lógica democrática, para que ese reconocimiento llegue a los culturalmente diferentes.

Diálogo, educación y democracia en función de la interculturalidad que se plantea como necesaria tienen pleno sentido si la ciudadanía democrática la pensamos y realizamos en los términos de una nueva ciudadanía intercultural.

El diálogo intercultural hay que acometerlo a diferentes niveles, teniendo en cuenta las características y posibilidades de cada uno de ellos. No se puede proceder de la misma manera en el nivel del "macrodiálogo" político que en el "microdiálogo" de las relaciones interpersonales o intercomunitarias. Es importante no perder de vista las diferencias entre esos niveles y a la vez poner en relación lo que en cada uno puede lograrse. Pero es crucial tener claro cuál es el objetivo de los acuerdos que se busca.

Pérez Tapias, J. A. (2002). "Ciudadanía intercultural". Actas I Congreso Nacional sobre Educación Intercultural. Desde el multiculturalismo hacia la interculturalidad. Aguadulce, 26, 27 y 28 de abril de 2002. ([http://www.segundaslenguaseinmigracion.com/Actas\\_Congresos/congresalmeria/tapias.PDF](http://www.segundaslenguaseinmigracion.com/Actas_Congresos/congresalmeria/tapias.PDF))

Del texto se entiende que

- a) la interculturalidad implica profundizar en la dinámica ética del mutuo reconocimiento igualitario de la dignidad humana
- b) la lógica democrática es la causa de que se considere esencial dinamitar la ética del recíproco reconocimiento igualitario de la dignidad de todos
- c) la interculturalidad supone profundizar en la muerte de la lógica democrática como reconocimiento

igualitario

- d) la interculturalidad supone profundizar en el amor recíproco, reconociendo que la dignidad del ser humano cambia en función de las diferentes culturas

**Quesito 8 Domanda E** - Lea el siguiente texto y conteste, únicamente sobre la base de lo que ha leído, la siguiente pregunta. Sólo una respuesta es correcta.

#### CIUDADANÍA INTERCULTURAL

Si el diálogo intercultural es necesario, de ningún modo su buen resultado está garantizado; tampoco el logro de sus mínimas condiciones iniciales. Teniendo en cuenta que a la interculturalidad nos conduce la radicalización de la democracia, en la misma medida en que la democracia requiere de ella, es oportuno recordar que tanto las personas como las culturas democráticas no nacen, sino que se hacen. Nuestra humanidad no cuenta con "genes democráticos" y eso significa la necesidad insoslayable del aprendizaje individual y colectivo de la participación democrática. A estas alturas hemos de asumir, dada la vinculación entre democracia e interculturalidad en las sociedades de pluralidad compleja, que por fuerza han de ir juntas la educación para la primera y la educación para la segunda. Es más, la manera más coherente de entender la educación intercultural es plantearla como "educación democrática radicalizada". Es esencial a la democracia política la dinámica ética del recíproco reconocimiento igualitario de la dignidad de todos, y lo que supone la interculturalidad es profundizar en ella, por amor de la inclusividad de la lógica democrática, para que ese reconocimiento llegue a los culturalmente diferentes.

Diálogo, educación y democracia en función de la interculturalidad que se plantea como necesaria tienen pleno sentido si la ciudadanía democrática la pensamos y realizamos en los términos de una nueva ciudadanía intercultural.

El diálogo intercultural hay que acometerlo a diferentes niveles, teniendo en cuenta las características y posibilidades de cada uno de ellos. No se puede proceder de la misma manera en el nivel del "macrodiálogo" político que en el "microdiálogo" de las relaciones interpersonales o intercomunitarias. Es importante no perder de vista las diferencias entre esos niveles y a la vez poner en relación lo que en cada uno puede lograrse. Pero es crucial tener claro cuál es el objetivo de los acuerdos que se busca.

Pérez Tapias, J. A. (2002). "Ciudadanía intercultural". Actas I Congreso Nacional sobre Educación Intercultural. Desde el multiculturalismo hacia la interculturalidad. Aguadulce, 26, 27 y 28 de abril de 2002.

([http://www.segundaslenguaseinmigracion.com/Actas\\_Congresos/congresalmeria/tapias.PDF](http://www.segundaslenguaseinmigracion.com/Actas_Congresos/congresalmeria/tapias.PDF))

Según el texto,

- a) diálogo, educación y democracia solo adquieren sentido si se plantea la ciudadanía democrática como nueva condición necesaria
- b) el hecho de que la interculturalidad sea una necesidad insoslayable comporta un nuevo concepto de ciudadanía intercultural, adquiriendo así pleno sentido términos como diálogo, educación y democracia
- c) diálogo, educación y democracia cobran sentido siempre y cuando se mantenga la tradicional concepción de la ciudadanía
- d) la interculturalidad como necesidad ineludible comporta renunciar a cualquier forma de ciudadanía

#### Domande a risposta multipla - FR

**Quesito 7 Domanda A** - Lisez le texte et répondez aux questions suivantes en cochant la bonne réponse :

La démocratie suppose le débat, donc le temps de penser, de s'exprimer, d'entendre et de comprendre les avis contraires, de chercher des compromis. Or, du temps, l'école a l'impression de n'en avoir jamais assez pour faire ce qu'elle a déjà à faire. Certes, les professeurs sont favorables à une éducation démocratique, mais à condition



qu'elle n'enlève pas une minute à leur discipline et ne freine pas la progression dans le programme. Mais comment peut-on apprendre la démocratie en quelques minutes par semaine, le reste du temps obéissant à une autre logique ? Si l'école éduque à la citoyenneté par la pratique, celle-ci ne peut rester confinée à quelques moments de régulation, à la façon dont certaines classes « tiennent conseil » en fin de semaine, lorsque tout le monde est trop fatigué pour faire « autre chose ». La démocratie ralentit les décisions, multiplie les étapes, élargit le cercle des acteurs concernés et rend donc le fonctionnement moins efficace, si l'efficacité consiste à prendre rapidement des décisions unilatérales, pour les imposer à tous et à dire aux sceptiques « C'est moi le chef, si vous n'êtes pas content, je ne vous retiens pas ». Dans toutes les entreprises soucieuses de rendement, le temps de la participation entre en compétition avec le temps de travail proprement dit. On ne peut multiplier les assemblées et le travail en commission sans mettre en péril la productivité. L'école raisonne souvent selon le même schéma : le vrai travail se fait en classe, et tous les temps d'exercice de la démocratie semblent des temps soustraits au travail proprement scolaire. Face à cette façon de penser, un renversement s'impose : à l'école, la participation à la vie démocratique est un pouvoir légitime et un devoir citoyen. Ces heures sont des heures de travail, au même titre que les heures de cours.

Adapté de : Ph. Perrenoud, Apprentissage de la citoyenneté. Des bonnes intentions aux curriculums cachés.

Selon l'auteur, l'attitude de certains professeurs quant à l'éducation démocratique est la suivante :

- a) ils pensent qu'il s'agit d'une éducation qui relève de la compétence de l'Etat.
- b) ils pensent qu'il s'agit d'un enseignement fondamental et sont prêts à y consacrer le temps nécessaire.
- c) ils pensent qu'il s'agit d'une éducation qui concerne uniquement la famille.
- d) ils consentent à cette éducation, pourvu qu'elle n'entrave pas l'enseignement de leur matière.

**Quesito 7 Domanda B** - Lisez le texte et répondez aux questions suivantes en cochant la bonne réponse :

La démocratie suppose le débat, donc le temps de penser, de s'exprimer, d'entendre et de comprendre les avis contraires, de chercher des compromis. Or, du temps, l'école a l'impression de n'en avoir jamais assez pour faire ce qu'elle a déjà à faire. Certes, les professeurs sont favorables à une éducation démocratique, mais à condition qu'elle n'enlève pas une minute à leur discipline et ne freine pas la progression dans le programme. Mais comment peut-on apprendre la démocratie en quelques minutes par semaine, le reste du temps obéissant à une autre logique ? Si l'école éduque à la citoyenneté par la pratique, celle-ci ne peut rester confinée à quelques moments de régulation, à la façon dont certaines classes « tiennent conseil » en fin de semaine, lorsque tout le monde est trop fatigué pour faire « autre chose ». La démocratie ralentit les décisions, multiplie les étapes, élargit le cercle des acteurs concernés et rend donc le fonctionnement moins efficace, si l'efficacité consiste à prendre rapidement des décisions unilatérales, pour les imposer à tous et à dire aux sceptiques « C'est moi le chef, si vous n'êtes pas content, je ne vous retiens pas ». Dans toutes les entreprises soucieuses de rendement, le temps de la participation entre en compétition avec le temps de travail proprement dit. On ne peut multiplier les assemblées et le travail en commission sans mettre en péril la productivité. L'école raisonne souvent selon le même schéma : le vrai travail se fait en classe, et tous les temps d'exercice de la démocratie semblent des temps soustraits au travail proprement scolaire. Face à cette façon de penser, un renversement s'impose : à l'école, la participation à la vie démocratique est un pouvoir légitime et un devoir citoyen. Ces heures sont des heures de travail, au même titre que les heures de cours.

Adapté de : Ph. Perrenoud, Apprentissage de la citoyenneté. Des bonnes intentions aux curriculums cachés.

Selon l'auteur du texte, l'éducation à la citoyenneté devrait se faire :

- a) dans le cadre d'assemblées organisées par les élèves.
- b) pendant les cours dispensés par les chefs d'établissement.
- c) dans le cadre de cours hebdomadaires confiés à des enseignants spécialisés.
- d) de manière interdisciplinaire à l'école.

**Quesito 7 Domanda C** - Lisez le texte et répondez aux questions suivantes en cochant la bonne réponse :

La démocratie suppose le débat, donc le temps de penser, de s'exprimer, d'entendre et de comprendre les avis contraires, de chercher des compromis. Or, du temps, l'école a l'impression de n'en avoir jamais assez pour faire ce qu'elle a déjà à faire. Certes, les professeurs sont favorables à une éducation démocratique, mais à condition qu'elle n'enlève pas une minute à leur discipline et ne freine pas la progression dans le programme. Mais comment peut-on apprendre la démocratie en quelques minutes par semaine, le reste du temps obéissant à une autre logique ? Si l'école éduque à la citoyenneté par la pratique, celle-ci ne peut rester confinée à quelques moments de régulation, à la façon dont certaines classes « tiennent conseil » en fin de semaine, lorsque tout le monde est trop fatigué pour faire « autre chose ». La démocratie ralentit les décisions, multiplie les étapes, élargit le cercle des acteurs concernés et rend donc le fonctionnement moins efficace, si l'efficacité consiste à prendre rapidement des décisions unilatérales, pour les imposer à tous et à dire aux sceptiques « C'est moi le chef, si vous n'êtes pas content, je ne vous retiens pas ». Dans toutes les entreprises soucieuses de rendement, le temps de la participation entre en compétition avec le temps de travail proprement dit. On ne peut multiplier les assemblées et le travail en commission sans mettre en péril la productivité. L'école raisonne souvent selon le même schéma : le vrai travail se fait en classe, et tous les temps d'exercice de la démocratie semblent des temps soustraits au travail proprement scolaire. Face à cette façon de penser, un renversement s'impose : à l'école, la participation à la vie démocratique est un pouvoir légitime et un devoir citoyen. Ces heures sont des heures de travail, au même titre que les heures de cours.

Adapté de : Ph. Perrenoud, Apprentissage de la citoyenneté. Des bonnes intentions aux curriculums cachés.

Selon l'auteur du texte, l'éducation à la citoyenneté démocratique est plus efficace si :

- a) elle prévoit la présence d'un enseignant doué d'une légitimité assurée.
- b) elle ne constitue pas un obstacle aux programmes ministériels.
- c) elle prévoit un temps de réflexion et de débat adapté aux sujets discutés et aux situations.
- d) elle évoque des valeurs acceptées de tous.

**Quesito 7 Domanda D** - Lisez le texte et répondez aux questions suivantes en cochant la bonne réponse :

La démocratie suppose le débat, donc le temps de penser, de s'exprimer, d'entendre et de comprendre les avis contraires, de chercher des compromis. Or, du temps, l'école a l'impression de n'en avoir jamais assez pour faire ce qu'elle a déjà à faire. Certes, les professeurs sont favorables à une éducation démocratique, mais à condition qu'elle n'enlève pas une minute à leur discipline et ne freine pas la progression dans le programme. Mais comment peut-on apprendre la démocratie en quelques minutes par semaine, le reste du temps obéissant à une autre logique ? Si l'école éduque à la citoyenneté par la pratique, celle-ci ne peut rester confinée à quelques moments de régulation, à la façon dont certaines classes « tiennent conseil » en fin de semaine, lorsque tout le monde est trop fatigué pour faire « autre chose ». La démocratie ralentit les décisions, multiplie les étapes, élargit le cercle des acteurs concernés et rend donc le fonctionnement moins efficace, si l'efficacité consiste à prendre rapidement des décisions unilatérales, pour les imposer à tous et à dire aux sceptiques « C'est moi le chef, si vous n'êtes pas content, je ne vous retiens pas ». Dans toutes les entreprises soucieuses de rendement, le temps de la participation entre en compétition avec le temps de travail proprement dit. On ne peut multiplier les assemblées et le travail en commission sans mettre en péril la productivité. L'école raisonne souvent selon le même schéma : le vrai travail se fait en classe, et tous les temps d'exercice de la démocratie semblent des temps soustraits au travail proprement scolaire. Face à cette façon de penser, un renversement s'impose : à l'école, la participation à la vie démocratique est un pouvoir légitime et un devoir citoyen. Ces heures sont des heures de travail, au même titre que les heures de cours.

Adapté de : Ph. Perrenoud, Apprentissage de la citoyenneté. Des bonnes intentions aux curriculums cachés.

Selon l'auteur, l'école raisonne suivant une logique d'entreprise, selon laquelle :

- a) la participation démocratique accélère la productivité du savoir.
- b) ou tu marches, ou tu crèves.
- c) la participation aux assemblées n'est qu'une perte de temps.
- d) le temps de la participation démocratique à la vie scolaire ralentit la production.

**Quesito 7 Domanda E** - Lisez le texte et répondez aux questions suivantes en cochant la bonne réponse :

La démocratie suppose le débat, donc le temps de penser, de s'exprimer, d'entendre et de comprendre les avis contraires, de chercher des compromis. Or, du temps, l'école a l'impression de n'en avoir jamais assez pour faire ce qu'elle a déjà à faire. Certes, les professeurs sont favorables à une éducation démocratique, mais à condition qu'elle n'enlève pas une minute à leur discipline et ne freine pas la progression dans le programme. Mais comment peut-on apprendre la démocratie en quelques minutes par semaine, le reste du temps obéissant à une autre logique ? Si l'école éduque à la citoyenneté par la pratique, celle-ci ne peut rester confinée à quelques moments de régulation, à la façon dont certaines classes « tiennent conseil » en fin de semaine, lorsque tout le monde est trop fatigué pour faire « autre chose ». La démocratie ralentit les décisions, multiplie les étapes, élargit le cercle des acteurs concernés et rend donc le fonctionnement moins efficace, si l'efficacité consiste à prendre rapidement des décisions unilatérales, pour les imposer à tous et à dire aux sceptiques « C'est moi le chef, si vous n'êtes pas content, je ne vous retiens pas ». Dans toutes les entreprises soucieuses de rendement, le temps de la participation entre en compétition avec le temps de travail proprement dit. On ne peut multiplier les assemblées et le travail en commission sans mettre en péril la productivité. L'école raisonne souvent selon le même schéma : le vrai travail se fait en classe, et tous les temps d'exercice de la démocratie semblent des temps soustraits au travail proprement scolaire. Face à cette façon de penser, un renversement s'impose : à l'école, la participation à la vie démocratique est un pouvoir légitime et un devoir citoyen. Ces heures sont des heures de travail, au même titre que les heures de cours.

Adapté de : Ph. Perrenoud, Apprentissage de la citoyenneté. Des bonnes intentions aux curriculums cachés.

Selon l'auteur du texte, les décideurs politiques devraient comprendre que :

- a) qu'il faut prévoir des enseignements d'éducation à la citoyenneté en fin de semaine.
- b) qu'il faut prévoir des activités citoyennes en dehors de l'école.
- c) les heures de participation démocratique à la vie scolaire sont des heures de travail.
- d) qu'il faut prévoir des enseignements à la citoyenneté dans les lycées professionnels.

**Quesito 8 Domanda A** - Lisez le texte et répondez aux questions suivantes en cochant la bonne réponse :

Le retour dangereux du relativisme

Ces derniers temps, un certain relativisme s'abat sur la France !

Le dernier épisode concerne une manager d'un salon de coiffure qui a traité son employé de "PD"\*. Le juge a déclaré que « le terme de "PD" employé par la manager ne peut être reconnu comme propos homophobe car les salons de coiffure emploient régulièrement et sans problèmes des personnes homosexuelles ».

Autre exemple, cette fois dans le milieu sportif où un joueur du PSG\*\* a qualifié son entraîneur de "fiotte"\*\*\*.

Certains journalistes ont souligné que l'expression manque de délicatesse mais on ne doit pas y voir d'homophobie parce que souvent au stade les gens s'expriment ainsi.

Dans l'affaire de la "mode islamique", soulevé par le défilé de femmes voilées, qui a été condamné par certains et justifié par d'autres, au nom de la liberté de choisir comment s'habiller, on a comparé la décision de porter le voile à celle de mettre une mini-jupe ! Et ceux qui disent cela croient sincèrement à la liberté de toute personne à se vêtir ou à se dévêtir à sa guise, dans les limites imposées par la société (qui sont, dans l'espace public en

France, la nudité et la dissimulation du visage).

Le groupe américain Starbucks choisit, dans l'une de ses cafétérias en Arabie saoudite, d'interdire provisoirement l'entrée aux femmes, le temps de construire un mur, pour leur permettre de ne pas être sous le regard des hommes. Comme si le respect des coutumes locales, dû quand on voyage sur place (par exemple, pour une pilote d'Air France, de couvrir ses cheveux en posant le pied en Iran) devait empêcher d'avoir une conviction sur le sujet (et donc, toujours pour une pilote d'Air France, de refuser d'effectuer la liaison Paris-Téhéran).  
www.marianne.fr

\*mot péjoratif du langage familier indiquant un homosexuel

\*\*équipe de football de Paris

\*\*\*mot péjoratif indiquant une personne efféminée

Selon le juge, vu que l'incident a eu lieu chez un coiffeur, lieu qui emploie aussi des personnes homosexuelles :

- a) Les propos de la manager peuvent être justes.
- b) Les propos de la manager peuvent être considérés homophobes.
- c) Les propos de la manager ne peuvent pas être considérés homophobes.
- d) Les propos de la manager ne peuvent être qu'homophobes.

**Quesito 8 Domanda B** - Lisez le texte et répondez aux questions suivantes en cochant la bonne réponse :

Le retour dangereux du relativisme

Ces derniers temps, un certain relativisme s'abat sur la France !

Le dernier épisode concerne une manager d'un salon de coiffure qui a traité son employé de "PD"\*. Le juge a déclaré que « le terme de "PD" employé par la manager ne peut être reconnu comme propos homophobe car les salons de coiffure emploient régulièrement et sans problèmes des personnes homosexuelles ».

Autre exemple, cette fois dans le milieu sportif où un joueur du PSG\*\* a qualifié son entraîneur de "fiotte"\*\*\*.

Certains journalistes ont souligné que l'expression manque de délicatesse mais on ne doit pas y voir d'homophobie parce que souvent au stade les gens s'expriment ainsi.

Dans l'affaire de la "mode islamique", soulevé par le défilé de femmes voilées, qui a été condamné par certains et justifié par d'autres, au nom de la liberté de choisir comment s'habiller, on a comparé la décision de porter le voile à celle de mettre une mini-jupe ! Et ceux qui disent cela croient sincèrement à la liberté de toute personne à se vêtir ou à se dévêtir à sa guise, dans les limites imposées par la société (qui sont, dans l'espace public en France, la nudité et la dissimulation du visage).

Le groupe américain Starbucks choisit, dans l'une de ses cafétérias en Arabie saoudite, d'interdire provisoirement l'entrée aux femmes, le temps de construire un mur, pour leur permettre de ne pas être sous le regard des hommes. Comme si le respect des coutumes locales, dû quand on voyage sur place (par exemple, pour une pilote d'Air France, de couvrir ses cheveux en posant le pied en Iran) devait empêcher d'avoir une conviction sur le sujet (et donc, toujours pour une pilote d'Air France, de refuser d'effectuer la liaison Paris-Téhéran).  
www.marianne.fr

\*mot péjoratif du langage familier indiquant un homosexuel

\*\*équipe de football de Paris

\*\*\*mot péjoratif indiquant une personne efféminée

Dans le texte, certains journalistes considèrent que les propos du joueur du PSG envers son entraîneur :

- a) Dépendent de la façon habituelle de parler dans les stades et qu'il ne faut pas y voir de mal.
- b) Dépendent de leurs idées et il ne faut pas y voir de mal.
- c) Dépendent de la façon habituelle de parler dans les stades et il faut condamner l'épisode.
- d) Dépendent de leurs idées et il faut condamner l'épisode.

**Quesito 8 Domanda C** - Lisez le texte et répondez aux questions suivantes en cochant la bonne réponse :

Le retour dangereux du relativisme

Ces derniers temps, un certain relativisme s'abat sur la France !

Le dernier épisode concerne une manager d'un salon de coiffure qui a traité son employé de "PD"\*. Le juge a déclaré que « le terme de "PD" employé par la manager ne peut être reconnu comme propos homophobe car les salons de coiffure emploient régulièrement et sans problèmes des personnes homosexuelles ».

Autre exemple, cette fois dans le milieu sportif où un joueur du PSG\*\* a qualifié son entraîneur de "fiotte"\*\*\*.

Certains journalistes ont souligné que l'expression manque de délicatesse mais on ne doit pas y voir d'homophobie parce que souvent au stade les gens s'expriment ainsi.

Dans l'affaire de la "mode islamique", soulevé par le défilé de femmes voilées, qui a été condamné par certains et justifié par d'autres, au nom de la liberté de choisir comment s'habiller, on a comparé la décision de porter le voile à celle de mettre une mini-jupe ! Et ceux qui disent cela croient sincèrement à la liberté de toute personne à se vêtir ou à se dévêtir à sa guise, dans les limites imposées par la société (qui sont, dans l'espace public en France, la nudité et la dissimulation du visage).

Le groupe américain Starbucks choisit, dans l'une de ses cafétérias en Arabie saoudite, d'interdire provisoirement l'entrée aux femmes, le temps de construire un mur, pour leur permettre de ne pas être sous le regard des hommes. Comme si le respect des coutumes locales, dû quand on voyage sur place (par exemple, pour une pilote d'Air France, de couvrir ses cheveux en posant le pied en Iran) devait empêcher d'avoir une conviction sur le sujet (et donc, toujours pour une pilote d'Air France, de refuser d'effectuer la liaison Paris-Téhéran).

www.marianne.fr

\*mot péjoratif du langage familier indiquant un homosexuel

\*\*équipe de football de Paris

\*\*\*mot péjoratif indiquant une personne efféminée

La société française interdit aux femmes :

- a) De sortir nues et d'avoir le visage caché.
- b) De sortir nues et à visage découvert.
- c) De sortir en mini-jupe et d'être voilées.
- d) De sortir en mini-jupe.

**Quesito 8 Domanda D** - Lisez le texte et répondez aux questions suivantes en cochant la bonne réponse :

Le retour dangereux du relativisme

Ces derniers temps, un certain relativisme s'abat sur la France !

Le dernier épisode concerne une manager d'un salon de coiffure qui a traité son employé de "PD"\*. Le juge a déclaré que « le terme de "PD" employé par la manager ne peut être reconnu comme propos homophobe car les salons de coiffure emploient régulièrement et sans problèmes des personnes homosexuelles ».

Autre exemple, cette fois dans le milieu sportif où un joueur du PSG\*\* a qualifié son entraîneur de "fiotte"\*\*\*.

Certains journalistes ont souligné que l'expression manque de délicatesse mais on ne doit pas y voir d'homophobie parce que souvent au stade les gens s'expriment ainsi.

Dans l'affaire de la "mode islamique", soulevé par le défilé de femmes voilées, qui a été condamné par certains et justifié par d'autres, au nom de la liberté de choisir comment s'habiller, on a comparé la décision de porter le voile à celle de mettre une mini-jupe ! Et ceux qui disent cela croient sincèrement à la liberté de toute personne à se vêtir ou à se dévêtir à sa guise, dans les limites imposées par la société (qui sont, dans l'espace public en France, la nudité et la dissimulation du visage).

Le groupe américain Starbucks choisit, dans l'une de ses cafétérias en Arabie saoudite, d'interdire provisoirement l'entrée aux femmes, le temps de construire un mur, pour leur permettre de ne pas être sous le regard des hommes. Comme si le respect des coutumes locales, dû quand on voyage sur place (par exemple, pour une pilote d'Air France, de couvrir ses cheveux en posant le pied en Iran) devait empêcher d'avoir une conviction sur

le sujet (et donc, toujours pour une pilote d'Air France, de refuser d'effectuer la liaison Paris-Téhéran).  
www.marianne.fr

\*mot péjoratif du langage familier indiquant un homosexuel

\*\*équipe de football de Paris

\*\*\*mot péjoratif indiquant une personne efféminée

Le groupe américain Starbucks, dans une de ses cafétérias

- a) a permis provisoirement aux femmes d'entrer.
- b) a alterné provisoirement les jours d'entrée hommes/femmes.
- c) a défendu provisoirement aux femmes d'entrer.
- d) a accepté provisoirement de faire travailler les femmes.

**Quesito 8 Domanda E** - Lisez le texte et répondez aux questions suivantes en cochant la bonne réponse :

Le retour dangereux du relativisme

Ces derniers temps, un certain relativisme s'abat sur la France !

Le dernier épisode concerne une manager d'un salon de coiffure qui a traité son employé de "PD"\*. Le juge a déclaré que « le terme de "PD" employé par la manager ne peut être reconnu comme propos homophobe car les salons de coiffure emploient régulièrement et sans problèmes des personnes homosexuelles ».

Autre exemple, cette fois dans le milieu sportif où un joueur du PSG\*\* a qualifié son entraîneur de "fiotte"\*\*\*.

Certains journalistes ont souligné que l'expression manque de délicatesse mais on ne doit pas y voir d'homophobie parce que souvent au stade les gens s'expriment ainsi.

Dans l'affaire de la "mode islamique", soulevé par le défilé de femmes voilées, qui a été condamné par certains et justifié par d'autres, au nom de la liberté de choisir comment s'habiller, on a comparé la décision de porter le voile à celle de mettre une mini-jupe ! Et ceux qui disent cela croient sincèrement à la liberté de toute personne à se vêtir ou à se dévêtir à sa guise, dans les limites imposées par la société (qui sont, dans l'espace public en France, la nudité et la dissimulation du visage).

Le groupe américain Starbucks choisit, dans l'une de ses cafétérias en Arabie saoudite, d'interdire provisoirement l'entrée aux femmes, le temps de construire un mur, pour leur permettre de ne pas être sous le regard des hommes. Comme si le respect des coutumes locales, dû quand on voyage sur place (par exemple, pour une pilote d'Air France, de couvrir ses cheveux en posant le pied en Iran) devait empêcher d'avoir une conviction sur le sujet (et donc, toujours pour une pilote d'Air France, de refuser d'effectuer la liaison Paris-Téhéran).

www.marianne.fr

\*mot péjoratif du langage familier indiquant un homosexuel

\*\*équipe de football de Paris

\*\*\*mot péjoratif indiquant une personne efféminée

Une pilote de l'air d'Air France pourrait refuser d'effectuer la liaison Paris-Téhéran parce que :

- a) Elle ne respecte que ses convictions personnelles.
- b) Elle ne respecte pas les coutumes locales et ses convictions personnelles l'empêchent de se voiler.
- c) Elle est au service d'une compagnie aérienne française et non iranienne.
- d) Elle respecte les coutumes locales mais ses convictions personnelles l'empêchent de se voiler.